

LaG - Magazin

Widerstand gegen den NS

und deutsche Besatzung

06/2017

28. Juni 2017



Inhaltsverzeichnis

Zur Diskussion:

Die Verschwörer des 20. Juli 1944: Tendenzen der Darstellung in aktuellen Schulgeschichtsbüchern.....	5
„Stimme erheben, Stimmen bewahren“: Widerstand im Nationalsozialismus und was wir davon lernen können. Ein Radioprojekt an der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.....	10
Lettland unter deutscher Besatzung 1941-1944. Der lettische Anteil am Holocaust.....	15
Kotwica: Der polnische Untergrundstaat im Zweiten Weltkrieg.....	31

Empfehlung Fachbuch:

Handbuch zum Widerstand gegen Nationalsozialismus und Faschismus in Europa 1933/39 bis 1945.....	35
---	----

Empfehlung Zeitschrift:

„Informationen zur politischen Bildung“ 2/2016: Widerstand gegen den Nationalsozialismus.....	38
--	----

Empfehlung Unterrichtsmaterial:

Widerstand von Jugendlichen.....	40
Anpassung und Widerstand: Die Familie Chotzen.....	43

Empfehlung Web:

Was konnten sie tun? Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1933-1945.....	45
Die Sozialistische Front.....	46

App:

Audiovideoguide Rote Kapelle.....	48
-----------------------------------	----

Liebe Leserinnen und Leser,

wir begrüßen Sie zur letzten Ausgabe des LaG-Magazins vor der Sommerpause. Wir beschäftigen uns dieses Mal mit dem Thema „Widerstand gegen den Nationalsozialismus und deutsche Besatzung“. Dies geschieht ausgesprochen ausschnitthaft angesichts der vielfältigen Formen von Widerstand und Verweigerung in den von Deutschen besetzten Ländern und in Deutschland. So fehlt beispielsweise der Bezug auf Formen des jüdischen Widerstands. Diesem Thema haben wir bereits eine gesonderte Ausgabe des LaG-Magazins gewidmet. Das aktuelle Magazin reiht sich ein in das Jahresthema unseres Kooperationspartners, des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

Kritische Untersuchungen und gesellschaftliche Auseinandersetzungen in den vergangenen Jahren haben die vielfach heroischen Narrative über Widerstandshandlungen und -organisationen in den ehemals besetzten Ländern hinterfragt. Gleichzeitig werden, vor allem in Mittel- und Osteuropa, alte und neue Geschichtsbilder konstruiert, die auf einer Mythologisierung von eigenem nationalen Widerstand und Leid unter wechselnder deutscher und sowjetischer Besatzung beruhen. Ideologisch instrumentelle Formen des Gebrauchs von Geschichte – wie jüngst geäußert durch die polnische Ministerpräsidentin Beata Szydlo, die aus Auschwitz meint die Lehre ziehen zu können, dass Sicherheit und Leben der polnischen

Bevölkerung gegen geflüchtete Menschen zu schützen seien – werden zwar immer wieder skandalisiert. Gleichzeitig sind deutliche Verschiebungen dessen, was an geschichtsrelativierenden Äußerungen als sagbar gilt, festzustellen. Den Hintergrund liefert ein Geschichtsbild, das auf einem zugleich selbst viktimisierenden, als auch heroisierendem Nationenmythos beruht.

Etienne Schinkel zeigt in seiner Untersuchung über die Darstellung der Männer vom 20. Juli 1944 auf, dass deren unterschiedliche Verstrickungen in die NS-Ideologie und ihr Gesellschaftsverständnis in Schulgeschichtsbüchern nicht aufgezeigt werden.

Wiebke Elias, Gisela Ewe und Ulrike Jensen berichten über ein Radioprojekt zu Widerstand im Nationalsozialismus mit starkem Gegenwartsbezug, das mit Jugendlichen an der KZ-Gedenkstätte Neuengamme durchgeführt wurde.

Katrin Reichelt widmet sich der Kollaboration im deutsch besetzten Lettland, zeigt deren Dimension auf. Sie thematisiert auch Akte von Unterstützung und Solidarität seitens der lettischen Mehrheitsbevölkerung gegenüber verfolgten Jüdinnen und Juden, die jedoch zahlenmäßig gering blieben.

Arthur Osinski schreibt aus einer polnischen Perspektive zur Rolle des polnischen Untergrundstaates und über die aus seiner

Sicht beschränkten Möglichkeiten zur Rettung von Jüdinnen und Juden.

Das nächste LaG-Magazin erscheint in Zusammenarbeit mit der Konferenz für Geschichtsdidaktik am 11. September 2017. Abweichend von unserem üblichen Erscheinungstag ist dies ein Montag. Die Zweijahrestagung der Konferenz für Geschichtsdidaktik steht unter dem Leitthema „Geschichtsunterricht im 21. Jahrhundert. Eine geschichtsdidaktische Standortbestimmung“ und findet vom 28. bis 30. September 2017 in Berlin statt.

Wir wünschen Ihnen eine schöne Sommerzeit.

Ihre LaG-Redaktion

Die Verschwörer des 20. Juli 1944: Tendenzen der Darstellung in aktuellen Schulgeschichtsbüchern

Von Etienne Schinkel

Der 20. Juli als das wohl bekannteste Ereignis des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime nimmt einen zentralen Platz in Forschung (biografische Arbeiten, Sammelbände, Detailstudien) und Öffentlichkeit (Gedenktag, -tafeln, -stätten, Spiel- und Dokumentarfilme, lokale Denkmalsetzungen, Straßen- und Kasernennamen) ein. Es überrascht daher nicht, dass das misslungene Sprengstoffattentat auf Hitler auch im Schulbuch, dem Leitmedium für historisches Lehren und Lernen im Geschichtsunterricht, seit langem fest verankert ist (Lange 2004, Pingel 2007). Welche Geschichte(n) erzählen aktuelle Lehrwerke über den beabsichtigten Sturz des „Führers“ und seiner diktatorischen Herrschaft? Überwiegt scheinbare Faktizität, indem die Geschehnisse lediglich chronologisch dargestellt werden? Oder erfahren die jugendlichen Leser_innen auch etwas über die Beweggründe und das Gesellschaftsverständnis der Akteure des militärischen Widerstandes?

Beck, Tresckow, Stauffenberg

Zu den entschlossensten Gegnern Hitlers, die auch in Geschichtsschulbüchern namentlich am häufigsten erwähnt werden, gehörten ohne Zweifel Ludwig Beck, Henning von Tresckow und Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Um lupenreine oder geborene Widerstandskämpfer handelte es

sich bei ihnen freilich nicht. Im Gegenteil, eine gewisse Affinität zum Nationalsozialismus ist nicht zu übersehen. Hierzu einige Schlaglichter:

Beck, zum Staatsoberhaupt eines erfolgreichen Umsturzes auserkoren, trat am 18. August 1938 als Generalstabschef des Heeres aus Protest gegen Hitlers verantwortungslose Kriegstreiberei zurück und entwickelte sich zu einem der führenden Köpfe der Militäropposition. Die „Machtergreifung“ hatte Beck dagegen noch als „ersten politischen Lichtblick seit 1918“ begrüßt. Sein Versuch, Hitler in der „Sudetenkrise“ unter dem Vorwand rüstungstechnischer Gründe zu mäßigen, sollte ferner nicht dahingehend missverstanden werden, als habe er nicht grundsätzlich mit den NS-Hegemonialplänen übereingestimmt. Noch im Mai 1938 hatte Beck zu Protokoll gegeben, „daß die Tschechei [...] für Deutschland unerträglich ist und ein Weg, sie als Gefahrenherd zu beseitigen, notfalls auch durch eine kriegerische Lösung gefunden werden muß“ (Klausur 2002: 258).

Tresckow kam eine führende Stellung unter den oppositionellen Offizieren im Bereich der Heeresgruppe Mitte zu. Für ihn war der geplante Anschlag auf Hitler eine symbolische Tat. Auf Stauffenbergs Anfrage, ob der Umsturz nach der am 6. Juni 1944 geglückten Invasion der Westalliierten in der Normandie überhaupt noch Sinn habe, antwortete der Generalmajor nachdrücklich: „Das Attentat auf Hitler muß erfolgen, coûte que coûte. Sollte es nicht gelingen, so muß trotzdem der Staatsstreich versucht

werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte unter Einsatz des Lebens den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig.“ (Heinemann 2004: 888). Seine Überzeugung, Hitler müsse getötet werden, entsprang somit zu diesem Zeitpunkt nicht mehr aus militärpolitischen Gründen, sondern hatte eindeutig ethisch-moralische Motive. Dennoch ist gerade bei Tresckow von „einem verzögerten Einsetzen der Moral“ (Hürter 2004: 549) auszugehen. Wie die meisten der nationalkonservativen Verschwörer war auch er prinzipiell von der Richtigkeit des antibolschewistischen Krieges überzeugt. Im „Unternehmen Barbarossa“ wurden die Massenerschießungen von jüdischen Männern durch die Einsatzgruppe B gleichgültig zur Kenntnis genommen. Protest gegen die willkürlichen Exekutionen rührte sich erst, als die SS- und Polizeikräfte unterschiedslos alle sowjetischen Juden einschließlich Frauen und Kinder umzubringen begannen. Des Weiteren wurde der „Kommissarbefehl“, der die sofortige Tötung von Politfunktionären der Roten Armee vorschrieb, wie selbstverständlich ausgeführt. Schließlich unterstützte Tresckow brutale Antipartisaneneinsätze, die auf dem Rücken unbewaffneter Zivilisten ausgetragen wurden (Gerlach 2000, Römer 2005).

Oberst Stauffenberg entschloss sich unter Einsatz von Leib und Leben zum Tyrannenmord. Er wollte über die Leiden der unterjochten Zivilbevölkerung und die

Massenmorde an Juden nicht länger hinwegsehen. Gleichwohl war er kein Widerständler der ersten Stunde und hatte jahrelang mit Hingabe der Hitler-Regierung gedient. Auch war er nicht frei von rassistischem Gedankengut. So schrieb er seiner Frau Mitte September 1939 aus Polen einen Brief, in dem es u.a. heißt: „Die Bevölkerung ist ein unglaublicher Pöbel, sehr viele Juden und sehr viel Mischvolk. Ein Volk, welches sich sicher nur unter der Knute wohlfühlt. Die Tausenden von Gefangenen werden unserer Landwirtschaft recht gut tun. In Deutschland sind sie sicher gut zu gebrauchen, arbeitsam, willig und genügsam.“ (Hoffmann 2007: 200).

Schulbuchnarrative

Wird die Ambivalenz der Einstellungen bei den Verschwörern des 20. Juli 1944 in Schulgeschichtsbüchern adäquat herausgestellt? Die Analyse ergibt, dass die für die Sekundarstufe I geschriebenen Lehrwerke fast immer darauf verzichten, die Verstrickungen, Versäumnisse oder Unzulänglichkeiten der militärischen Widerstandsgruppe zu beschreiben. Die folgende Darstellung ist typisch:

„Mitglieder des Kreisauer Kreises nahmen über Ludwig Beck Kontakt mit Offizieren der Wehrmacht auf. Der ehemalige Generalstabschef hatte 1938 seine Stellung aufgegeben, nachdem er zuvor vergeblich Teile der Generalität zum Widerstand gegen die Kriegspläne Hitlers aufgefordert hatte. Danach war Beck zum Mittelpunkt der militärisch-bürgerlichen Opposition

geworden. Erst die Wende des Krieges brachte weitere Offiziere dazu, einen Anschlag auf Hitler zu riskieren. Zu den Verschwörern [...] gehörten Henning von Tresckow und Claus Schenk Graf von Stauffenberg. [...] Ermutigt von Tresckow entschloss sich Stauffenberg im Sommer 1944, das Attentat auszuführen und einen Staatsstreich einzuleiten. Am 20. Juli brachte Stauffenberg zur Lagebesprechung mit dem ‚Führer‘ in seiner Aktentasche eine Bombe mit und stellte sie in Hitlers Nähe auf. Danach verließ er den Raum. Wenige Minuten später erfolgte die Explosion. Elf Männer wurden schwer verletzt, vier erlagen ihren Verletzungen. Im sicheren Glauben, Hitler sei tot, flog Stauffenberg nach Berlin, um die Übernahme der Regierung durch Beck zu sichern, der Staatspräsident werden sollte. Aber Hitler war nur leicht verletzt, und der Staatsstreich scheiterte. Stauffenberg und drei Offiziere wurden noch am Abend des 20. Juli standrechtlich erschossen. Beck wurde aufgefordert, Selbstmord zu begehen. Als dies misslang, erschoss ein Feldwebel den bereits schwer verletzten Mann.“ (Das waren Zeiten 2015: 181).

Eine der wenigen Ausnahmen, die von diesem Muster abweicht, stellt die Aufbereitung in „Zeit für Geschichte“ dar. Die Schulbuchautor_innen beziehen immerhin die Überlegungen der Oppositionellen für ein Deutschland nach dem Nationalsozialismus in ihren Text ein. Sie schreiben: „Nach dem Überfall auf die Sowjetunion und durch den Krieg im Osten wuchs die Zahl der Oppositionellen im Militär. Zunächst

wurden sie von General Henning von Tresckow in Zusammenarbeit mit Oberst Ludwig Beck organisiert. Die Verschwörergruppe [...] war in ihrer Zielsetzung konservativ. Die Gruppe plante einen Staatsstreich, dem ein Bombenattentat auf Hitler vorausgehen sollte. Doch nicht alle Entwicklungen, die sich unter der Hitler-Diktatur vollzogen hatten, wollten sie danach zurücknehmen – z.B. die Annexion Österreichs. Fraglich ist, ob die Verschwörer ein demokratisches Gesellschaftssystem unterstützt hätten – un- zweifelhaft ist dagegen, dass die vom militärischen Widerstand getragenen politischen Vorstellungen nicht mit denen der Alliierten übereingestimmt hätten, da diese seit 1941 die bedingungslose Kapitulation Deutschlands forderten.“ (Zeit für Geschichte 2016: 140).

Im Gegensatz zu Mittelstufenbüchern sind für die gymnasiale Oberstufe konzipierte Lehrwerke naturgemäß weniger stark von Zwang zur Komplexitätsreduktion betroffen und können daher historische Problemstellungen differenzierter erörtern. Die Durchsicht diverser Oberstufenbände zeigt, dass die Kapitel zum Widerstand insgesamt ausführlicher ausfallen und – etwa im Hinblick auf Begriffsklärungen – stärker theoretisch ausgerichtet sind. Allerdings hat dies kaum einmal eine Auswirkung auf die eigentliche Erzählung. Auch in den Büchern für die Sekundarstufe II werden die Aktivisten der militärischen Widerstandsgruppe kaum einmal in ihrer Widersprüchlichkeit dargestellt. Das Maximum dessen, was geboten wird, verdeutlicht der folgende

Schulbuchauszug:

„Aus dem Militär erwuchs die Gruppierung der Attentäter vom 20. Juli 1944 um Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg und Henning von Tresckow. Tresckow war nach dem Ende des ersten Weltkrieges an der Niederschlagung des sozialistischen Spartakusaufstandes beteiligt, lehnte den Versailler Vertrag ab und betrachtete Hitlers Aufstieg anfangs mit Wohlwollen. Erst nach 1933 entwickelte er sich zum Regimegegner. Auch in der Person Stauffenbergs zeigt sich die Vielschichtigkeit der Charaktere der Widerstand Leistenden. Der 1907 geborene Stauffenberg [...] begrüßte zunächst Hitlers Berufung ins Reichskanzleramt und seine Politik. Es fand seine Zustimmung, dass die Wehrmacht ausgebaut und dadurch der Versailler Vertrag verletzt wurde, doch diese Einstellung war schon vor Kriegsausbruch einer kritischen Haltung gewichen. Ab 1942 gehörte er zum aktiven Widerstand und unterstützte die militärische Widerstandsgruppe im Generalstab trotz einer schweren Kriegsverletzung. Die Gruppe verurteilte die nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, stieß sich darüber hinaus aber auch an den strategischen Fehlentscheidungen ihres Oberbefehlshabers Hitler. Ihn wollten sie beseitigen, um mit den Kriegsgegnern verhandeln zu können.“ (Geschichte und Geschehen 2015:199–200).

Fazit und Ausblick

Joachim Rohlfes bezeichnete vor 25 Jahren den Widerstand im „Dritten Reich“ als Stiefkind der Geschichtsdidaktik. Davon kann

längst keine Rede mehr sein. Das Thema ist unbestrittener und etablierter Gegenstand des Geschichtsunterrichts, wie er sich in Schulbüchern niederschlägt. Es ist aber ein auffälliger Mangel, dass bei der Behandlung des militärischen Widerstandes kritische Untertöne zumeist unterbleiben. Fast scheint es, als sei der Oppositionskreis um Beck, Tresckow und Stauffenberg von einer übermächtigen Aura des Respekts und der Ehrfurcht umgeben, die Lehrwerksautor_innen daran hindert, abwägende Urteile zu treffen. Das ist bedauerlich. Der Geschichtsunterricht sollte ein Korrektiv zu dem über die Medien oder an Gedenktagen vermittelten Bild sein, das häufig zu einer undifferenzierten Heroisierung der Verschwörer neigt. Vielleicht noch entscheidender: Ist es nicht gerade der Lernprozess der Männer des 20. Juli, der besondere Hochachtung verdient und deshalb den Schüler_innen vermittelt werden muss? Die Einsicht, sich von der eigenen Einstellung zu distanzieren, die Besinnung auf ethische Werte und der Mut, daraus die Konsequenzen zu ziehen, zeugen von menschlicher Größe. Nicht zuletzt darin unterscheiden sie sich von der Masse der Deutschen, die bis zum Untergang mitgemacht und geschwiegen hat.

Literatur:

Dieter Brückner/Harald Focke (Hrsg.): Das waren Zeiten. Neue Ausgabe Niedersachsen. Sekundarstufe I. Bd. 4: Deutschland, Europa und die Welt von 1871 bis zur Gegenwart. Bamberg: C.C. Buchner 3. Aufl. 2015.

Christian Chmelensky u.a.: Zeit für Geschichte. Geschichtliches Unterrichtswerk für Gymnasien. Niedersachsen. Bd. 9/10. Braunschweig: Schroedel 2016.

Peter Johannes Droste u.a.: Geschichte und Geschehen. Qualifikationsphase Oberstufe Nordrhein-Westfalen. Stuttgart: Klett 2015.

Christian Gerlach: Hitlergegner bei der Heeresgruppe Mitte und die „verbrecherischen Befehle“. In: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.): NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler. Darmstadt 2000, S. 62–76.

Winfried Heinemann: Der militärische Widerstand und der Krieg. In: Jörg Echternkamp (Hrsg.): Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bd. 9.1. München 2004, S. 743–892.

Peter Hoffmann: Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Die Biographie. München 2008.

Johannes Hürter: Auf dem Weg zur Militäropposition. Tresckow, Gersdorff, der Vernichtungskrieg und der Judenmord. Neue Dokumente über das Verhältnis der Heeresgruppe Mitte zur Einsatzgruppe B im Jahr 1941. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 52 (2004), S. 527–562.

Ekkehard Klusa: Zu wenig und zu spät? Der Kampf des anderen Deutschland. In: Bernd Sösemann (Hrsg.): Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Einführung und Überblick. Stuttgart 2002, S. 258–281.

Dirk Lange: Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus im historisch-politischen Schulbuch. Erinnerungskultur im Wandel. In: Klaus Finkeders. (Hrsg.): Widerstand gegen Diktaturen in Deutschland. Historisch-politische Bildung in der Erinnerungskultur. Oldenburg 2004, S. 95–112.

Falk Pingel: „Nicht alle Deutschen machten mit“. Der Widerstand in deutschen Schulgeschichtsbüchern. In: Studienkreis Deutscher Widerstand 1933–1945 (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Perspektiven der Vermittlung. Frankfurt am Main 2007, S. 43–64.

Joachim Rohlfes: Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus in geschichtsdidaktischer Perspektive. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 43 (1992), S. 427–438.

Felix Römer: Das Heeresgruppenkommando Mitte und der Vernichtungskrieg im Sommer 1941. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 53 (2005), S. 451–460.

Über den Autor

Etienne Schinkel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Didaktik der Geschichte an der Georg-August-Universität Göttingen.

„Stimme erheben, Stimmen bewahren“: Widerstand im Nationalsozialismus und was wir davon lernen können. Ein Radioprojekt an der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Von Wiebke Elias, Gisela Ewe und Ulrike Jensen

„Unzufriedenheit mit den Umständen, Bedrohung der eigenen Lebensqualität, Empathie, Hoffnung auf eine bessere Zukunft, Veränderungen nicht hinnehmen zu wollen und seine politischen Ansichten verdeutlichen zu wollen motivieren zum Widerstand.“ (Tonka Radisch)

Die eigene Stimme zu erheben, widerständig zu bleiben und zu kämpfen, wenn einem Unrecht begegnet, ist vielen ein wichtiges Anliegen. Doch oft wissen wir nicht, was wir angesichts globaler Ungerechtigkeiten und des Erfolges rechter Parteien weltweit verändern können und wo wir anfangen sollen.

Ein Jugendprojekt an der KZ-Gedenkstätte Neuengamme beschäftigt sich im Frühjahr 2017 mit der Frage, inwieweit der Widerstand gegen den Nationalsozialismus inspirieren kann, heute für eine bessere Welt zu kämpfen. Wir fragten uns: Wie können wir unser Wissen über den Nationalsozialismus und die Opposition gegen ihn in unsere alltägliche, widerständige Praxis einbinden? Welche Inspirationen und Denkanstöße können wir aus der Auseinandersetzung mit unterschiedlichsten Biografien, Geschichten und Erinnerungen von und über Widerstand im Nationalsozialismus ziehen?

Wo können wir Bezüge zur Gegenwart herstellen, die für unsere Analyse heutiger Angriffe auf die Demokratie, die Missachtung von Menschenrechten und die Gewalt gegen Andersdenkende hilfreich sind? Wie gehen wir mit Wahlerfolgen rechtspopulistischer Bewegungen weltweit um? Welche Antwort haben wir auf rassistische Hetze und gewalttätige Übergriffe gegen Geflüchtete? Und können wir so unterschiedliche Zeiten überhaupt vergleichen?

Während ein Großteil der deutschen Bevölkerung die nationalsozialistische Ideologie entweder zustimmend übernahm oder als Zuschauer_innen und Mitläufer_innen die Durchsetzung dieser Ideologie beförderten, gab es auch Menschen, die auf unterschiedliche Weise resistent blieben oder aktiv gegen die Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung von Menschen(gruppen) kämpften. Widerstandsgruppen bildeten sich, politische Flugblätter, Lieder und Geschichten wurden geschrieben, Verfolgten bei der Flucht geholfen, sabotiert, informiert und vieles mehr. Ob Ungehorsam, bewaffneter Kampf, Verweigerung oder Solidarität: Jede_r hatte Handlungsspielräume, auch im Nationalsozialismus, und trug damit auch die Verantwortung für sein eigenes Handeln.

Das Projekt

„Ich denke, die Motivation für den Widerstand kann entweder durch die persönliche, nicht mehr als hinnehmbar erachtete Einschränkung bzw. Diskriminierung erfolgen oder aber durch einen begangenen Bruch

der individuellen Wertvorstellung. Der Widerstand setzt ein, wenn die Situation als unerträglich, ungerecht und nicht tolerierbar erachtet wird, das kann bis dahin führen, dass selbst der eigene Tod als mögliche Konsequenz, als erträglicher erachtet wird als das stille Tolerieren.“ (Jana Scheffer)

Zehn junge Menschen beschäftigen sich über einen Zeitraum von knapp zwei Monaten mit dem Thema Widerstand. Neben dem Kennenlernen der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und ihrer Geschichte wurde im Rahmen von sieben Studientagen viel gelesen und diskutiert. Parallel zur inhaltlichen Auseinandersetzung ging es um die Umsetzung der eigenen Gedanken und Fragen mithilfe des Mediums Radio. Nach dem Kennenlernen der technischen Tricks und Tücken mussten journalistische Formen gefunden und entschieden werden, wie der Beitrag aufgebaut sein sollte:

Die Recherchen und Auseinandersetzungen wurden von den Teilnehmenden in vier ganz verschiedenen Hörstücken umgesetzt, die mit historischen Originalaufnahmen – gesprochenen Texten, Musik, Geräuschen, Interviewzitat und Audioausschnitten – arbeiten und sich mit unterschiedlichen Themen beschäftigen:

Musik im antifaschistischen Widerstand (Sheila Pereira und Julian Thom)

Beginnend mit Beispielen von Swingmusik sowie Informationen über die Swing-Jugend, deren Anhänger_innen aufgrund ihres „nicht-deutschen“ Lebensstils verfolgt

wurden, über aktuelle Bands wie Die Ärzte oder Irie Révoltés, deren Songs von heutigen Demos gegen Rechts nicht mehr wegzu-denken sind, spannt der Beitrag den Bogen zu Esther Bejarano, die durch ihre Arbeit im Mädchenorchester von Auschwitz überleben konnte und bis heute musiziert, unter anderem mit der Hip-Hop-Gruppe Microphone Mafia.

Solidarität in Geschichte und Gegenwart (Katja Evers, Emily Mohny und Valentina Smirnova)

„Was hättest du getan?“ ist die Eingangsfrage dieses mehrsprachigen Beitrags. Verschiedene Menschen geben Statements zu möglichen Widerstandsaktionen und Solidarität ab und beziehen Gruppierungen wie Pegida und den NSU sowie Übergriffe auf Geflüchtete und Obdachlose mit ein, um zu zeigen, dass Widerstand und Solidarität weiterhin notwendig sind. Der Beitrag schließt mit der Frage: „Was tust du dagegen?“

Stauffenberg und die Erinnerung an konservativen Widerstand (Tabea Henn und Tonka Radisch)

Eines der bekanntesten Beispiele von Widerstand im Nationalsozialismus ist das Attentat auf Hitler durch Claus Graf Schenk von Stauffenberg am 20. Juli 1944. Dass Stauffenberg Antisemit war und lange Jahre unter dem Nazi-Regime Karriere gemacht hatte, bleibt dagegen häufig unerwähnt. Der Beitrag problematisiert dieses Missverhältnis und fragt, warum wir heute jemanden verehren, der unseren Idealen von Demokratie und Antirassismus nicht entspricht.

Gewaltfreier Widerstand (Jana Scheffer und Nora von Wrochem)

Kriege werden bis heute damit gerechtfertigt, Frieden schaffen zu wollen. Beispiele hierfür sind: Irakkrieg und Kosovokrieg. Aber dürfen wir im Namen der Demokratie Krieg führen? Gibt es Gewalt, die gerechtfertigt ist? Brecht soll gesagt haben, „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht“. Für Martin Luther King dagegen war der organisierte, gewaltfreie Widerstand die stärkste Waffe der Unterdrückten. Der Beitrag stellt in Frage, ob sich mit gewaltfreiem Widerstand eine Diktatur wie das Nazi-Regime überhaupt hätte überwinden lassen.

Alle vier Beiträge können auf der [Homepage der KZ-Gedenkstätte Neuengamme](#) nachgehört werden.

Präsentation der Ergebnisse auf dem Forum „Zukunft der Erinnerung“

„Der Widerstand ist die Pflicht des mündigen Bürgers und sein Recht als Individuum. Er wird nötig wenn der Staat in seiner Aufgabe scheitert und nicht länger seinen Dienst an der Gesellschaft tut. Erst durch Widerstand kommt es zu Veränderungen und erst durch Opposition wird die regierende Partei zur Rechtfertigung gezwungen und eine unbedingte Legitimation der Machtverhältnisse in Frage gestellt. Auch der Widerstand im Kleinen innerhalb einer Gesellschaft ist wichtig, da der Staat ja auch nichts anderes ist als die Summe seiner Einzelteile und von ihr geformt wird.“ (Jana Scheffer)

Auf dem [Forum „Zukunft der Erinnerung“](#) präsentierten die Jugendlichen gemeinsam mit ihren Teamerinnen Wiebke Elias und Gisela Ewe zwei der vier Radiobeiträge und diskutierten gemeinsam mit den Teilnehmer_innen des Forums, ob man aus der Geschichte des Widerstands gegen den Nationalsozialismus lernen könne und welche Herausforderungen sich aus diesen Erkenntnissen für die Arbeit an Gedenkstätten und in der Erinnerungskultur ergäben. Im Anschluss wurden vier Workshops angeboten, die das Thema des Jugendprojektes aufgriffen und folgende Fragen diskutierten:

In welcher Situation würdest du gern Widerstand leisten? Was hält dich davon ab, öfter zu intervenieren? Was würdest du brauchen, um dich mehr zu trauen?

Die Angst vor Konsequenzen, aber auch vor Willkür, hält Menschen davon ab, Widerstand zu leisten. Häufig fühlen wir uns hilflos angesichts eines mächtigen Staates oder eines ausbeuterischen Wirtschaftssystems. In der Diskussion darum, wie wir uns selbst und gegenseitig motivieren und stärken können, wurden zahlreiche Ideen und Strategien gesammelt: Positives Feedback, Menschen ansprechen und sich mit ihnen zusammentun, Wissen und Erfahrungen austauschen, sich in die Betroffenenperspektive versetzen, ein Vorbild für andere sein (zu wollen).

(Wie) können wir uns vom Widerstand gegen den NS inspirieren lassen? Welche Formen des Widerstands sind (noch) legitim? Legt man andere Kriterien an heutigen

Widerstand an, als an damaligen?

Unter dem Stichwort „menschlich bleiben“ wurden einige grundlegende Aspekte diskutiert, unter denen uns der Widerstand gegen den Nationalsozialismus inspirieren kann. Dazu gehört die Unterstützung von Menschen in Not, der Wille, sich zu behaupten oder die solidarische Zusammenarbeit mit anderen. Die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus bieten gerade auch in der Bildungsarbeit die Chance, zu kritischem Denken anzuregen. Gleichzeitig riskieren wir heute nicht mehr unsere Leben, wenn wir in Deutschland protestieren. Moderne Technologien bieten Möglichkeiten zur umfassenden Überwachung und Verfolgung widerständiger Menschen, werden aber gleichzeitig auch von Aktivist_innen genutzt, um den Protest zu organisieren. Kontrovers wurden die Fragen diskutiert, ob in einer demokratischen Gesellschaft Militanz legitim sein kann und ob für aktuelle Proteste der Begriff „Widerstand“ überhaupt angebracht ist.

Wo liegen die Grenzen der „Meinungsfreiheit“? Und wie reagieren wir, wenn sie unserer Meinung nach überschritten sind?

An welchem Punkt sich eine Aussage oder ein Verhalten jenseits des Erträglichen befindet und nicht mehr akzeptiert werden kann, wird von jedem Menschen individuell beantwortet: Für die einen ist es die Politik Erdoğan's oder das Agieren von Neonazis, andere sind der Meinung, dass Rassismus oder Intoleranz generell nicht toleriert werden dürfen. Die Verwendung

diskriminierender Ausdrücke, von Verunglimpfungen oder Bedrohungen stellen weitere Grenzen der Meinungsfreiheit dar. Wenn wir uns selbst fortbilden, unseren Wissensstand erweitern, Verbündete suchen oder lernen, problematische Argumentationsstrukturen zu benennen, können wir unser Repertoire erweitern, um zu widersprechen, Position zu beziehen und Konflikten nicht aus dem Weg zu gehen. Auch Gedenkstätten sollten Orte sein, die politisch Position beziehen und an denen entsprechende Workshops stattfinden.

Warum werden viele Gründe für Widerstand oft herabgewürdigt? Warum erkennen viele Menschen nur bestimmte Formen des Widerstandes an?

Nach einem Brainstorming über verschiedenste Widerstandsformen – vom Nicht-Vereinnahmen lassen und solidarisch mit den Opfern sein bis hin zu militärischen Widerstandsaktionen – wurde klar, wie unterschiedlich Widerstand gegen den Nationalsozialismus aussehen konnte und entsprechend nach dem Krieg auch bewertet wurde. Gerade passive Formen von Widerstand waren häufig für Außenstehende nicht zu erkennen oder wurden nicht gleichermaßen wertgeschätzt wie aktive Aktionen. Die Bewertung von Formen politischen Widerstands (kommunistisch, sozialistisch, ...) hing zudem immer auch vom aktuellen Ansehen der entsprechenden Partei im jeweiligen Land ab.

Offene Fragen / Ausblick

Im Rahmen des Jugendprojektes „Stimme erheben, Stimmen bewahren“ wurden viele Fragen diskutiert, einige sind aber auch offen geblieben. Widerstand ist vielfältig und wir sollten ständig darauf bedacht sein, ihn zu reflektieren und weiter zu entwickeln. Wir müssen uns trauen, bei Ungerechtigkeiten, die wir beobachten, die eigene Stimme zu erheben. Die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus kann uns inspirieren und motivieren und die Stimmen derjenigen, die damals Widerstand geleistet haben, müssen bewahrt werden.

Über die Autorinnen

Gisela Ewe, M.A., Historikerin und Philosophin, freie Mitarbeiterin der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und Stipendiatin der Forschungsstelle „Hamburgs (post-)koloniales Erbe“

Ulrike Jensen, M.A., Historikerin. Leitet den Bereich Gedenkstättenpädagogik im Rahmen der Abteilung „Bildung und Studienzentrum“ der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

Wiebke Elias arbeitet als freiberufliche Mitarbeiterin an der KZ-Gedenkstätte und studiert Kulturanthropologie.

Lettland unter deutscher Besatzung 1941-1944. Der lettische Anteil am Holocaust. Vortrag zur Präsentation des Buches gehalten am 15.11.2011 bei der Stiftung Topographie des Terrors in Berlin

Von Katrin Reichelt

Das Thema kollektiver und individueller Schuld, direkter oder indirekter Beteiligung an einem Menschenrechtsverbrechen oder auch nur Mitwisserschaft hat die Holocaust-Forschung in den letzten Jahrzehnten zunehmend beschäftigt. Es wurde deutlich, dass die Grenzen zwischen Schuld, Nichteingreifen und Widerstand nicht immer eindeutig zu bestimmen sind. Die verschiedenen Versuche, diesen problematischen Komplex mit dem Begriff der Kollaboration zu erfassen, stießen bald an ihre Grenzen. Es zeigte sich, dass die Verstrickung von Personen, Personengruppen oder ganzer Völker in die Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung nicht nur weiterhin aufwändige empirische Forschung benötigt, sondern ebenso methodische Ansätze, die weit über das traditionelle Werkzeug des Historikers hinausgehen. Die Analyse menschlicher Verhaltensmuster generell und in Extremsituationen führten in Bereiche der Psychologie, ein sachlicher Umgang mit Schuldfragen verlangte eine juristische Herangehensweise. Jeder Fall stellt sich anders dar, jede involvierte Gruppe erfuhr und beobachtete die Ereignisse aus ihrer eigenen Perspektive und Prioritätensetzung heraus. Die langen Jahre der Erinnerungsüberlagerungen taten

ein Übriges. In den Ländern der ehemaligen Sowjetunion wurden die schwierigen Fragen des Holocaust über Jahrzehnte hinweg verdrängt und tabuisiert. Landesgeschichten wurden verfälscht und neue Verbrechen durch das stalinistische Regime überformten das Gedächtnis der deutschen Besatzung und der Verfolgung von Juden und anderen Bevölkerungsgruppen. Der Fall Lettlands stellt dabei keine Ausnahme dar. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der Unabhängigkeit des Baltikums und der Öffnung der Archive entluden sich diese verdrängten Fragen von erlittenem und erteiltem Unrecht gleichsam als eine Welle gegenseitiger Schuldzuweisungen und fehlgeleiteten Diskursen. Beiden Seiten, lettischen Historikern wie jüdischen Überlebenden, fiel es schwer, das eigene erfahrene Leid bzw. Schuldzuweisungen perspektivisch einzuordnen bzw. die Ereignisse der sowjetischen und deutschen Okkupation in einen adäquaten Kontext miteinander und mit der lettischen Landesgeschichte zu setzen.

Insbesondere im Lauf des letzten Jahrzehnts haben einige lettische Historiker zunehmend versucht, emotional zurückhaltende Erklärungsansätze zu den schrecklichen Ereignissen zu finden und dies mit überzeugenden empirischen Details hinterlegt. Jedoch ist gegenwärtig gleichermaßen eine Tendenz in der lettischen Historiographie zu beobachten, die auf eine Hinwendung zur Darstellung der ausschließlichen Opferrolle Lettlands als Objekt der NS-Besatzungspolitik schließen lässt. Darin wird selbst vor einer Rückbesinnung auf die sogenannte

Präventivkriegsthese nicht Abstand genommen. Die Memoiren jüdischer Überlebender sind, im Vergleich zu den anfänglichen Darstellungen, weit differenzierter und detailgetreuer geworden und bilden einen wichtigen Bestandteil der historischen Forschung. Ebenso nahmen auch jüdische Historiker weit mehr Bezug auf die Spezifika der lettischen Geschichte und bereicherten diese mit ihrer eigenen Perspektive.

Die Schuldfrage war nicht Thema meines Buches. Auch habe ich mich gegen eine Anwendung des Begriffs der Kollaboration bei dieser Problematik gewehrt. Zu kausal und einseitig ist dieser Begriff an Okkupationsmodelle geknüpft und negiert die Facetten menschlichen Verhaltens unter Extremsituationen. In meiner Studie habe ich versucht, den Details des Verbrechens genauer auf den Grund zu gehen. Natürlich war es nicht möglich, jeden Fall eines Letten, der in Berührung mit der Verfolgung der Juden kam, individuell nachzugehen und zu analysieren. Ich habe jedoch im Rahmen einer vertretbaren Länge des Textes versucht, das an den Juden begangene Verbrechen in seinen einzelnen Schritten und Maßnahmen wie Ausgrenzung, Terrorisierung, Entrechtung, Enteignung, Ausbeutung von Arbeitskraft, Ermordung sowie in seinem jeweiligen Kontext lettischer Involvierung darzustellen. Und ich habe versucht, die lettischen potentiellen Täter in Gruppen zu teilen und Kollektivportraits zu erstellen. Dies alles habe ich in den Kontext der Landesgeschichte eingebettet und mich dabei verschiedener methodischer Ansätze bedient. In der Studie

Christopher Brownings habe ich ein grundlegendes Modell zur Tätergruppierung und zur Dynamik verbrecherischen kollektiven Handelns gefunden, das ich in den Kontext der lettischen Beteiligung insbesondere an der Ermordung der Juden anwenden konnte. Herausgekommen ist ein Gesamtbild, das nach wie vor viele Fragen offen lässt, jedoch zu wichtigen Aspekten hinsichtlich der lettischen Rolle in der Judenverfolgung Antwortmöglichkeiten und Details bietet: Wie verhielt sich das Gros der Gesamtbevölkerung angesichts des Verbrechens an den Juden generell, was bestimmte das Handeln der meisten Einwohner Lettlands und welche Gewichtung nahmen die einheimischen Täter dabei ein?

Judenverfolgung in Lettland

Im Folgenden möchte ich einige Grunddaten zur Judenverfolgung in Lettland aus der Sicht der Opfer wie auch aus lettischer Perspektive geben und im Anschluss daran mehrere Beispiele lettischer Reaktionen auf die Judenverfolgung vorstellen. Dabei möchte ich das mögliche Spektrum der Reaktion von Letten auf die NS-Judenpolitik anhand mehrerer Beispiele umreißen: 1. aktive Täterschaft und Mittäterschaft am Beispiel des Erschießungskommandos unter Viktors Arajs, 2. Enthaltung und bedingte passive Involvierung bzw. Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Juden am Beispiel der Enteignung der Opfer und 3. Verweigerung, Widerstand bzw. Solidarität mit den verfolgten Juden. Als Fazit aller dieser Komplexe soll zusammenfassend geklärt werden, inwieweit diese Fallbeispiele einen

Querschnitt der lettische Gesellschaft darstellen bzw. wie repräsentativ sie sein können, um als Aussage für die gesamte Bevölkerung zu dienen.

Als sich die deutsche Wehrmacht, beginnend mit dem ersten Tag des „Unternehmens Barbarossa“ 1941, auf Lettland zu bewegte, war das Schicksal der dortigen Juden auf höchster Führungsebene längst beschlossen worden. Reinhard Heydrich, Chef des RSHA, hatte in einer mündlichen Anweisung vom 17. Juni 1941 zusammenfassend befohlen, dass unter anderem „Juden in Partei- und Staatsstellungen“ zu liquidieren seien. Diesen Anordnungen waren bereits im März 1941 eine Erweiterung der kriegsgerichtlichen Befugnisse der Sicherheitspolizei sowie eine Erweiterung der Zielgruppen bei der Führung dieses Vernichtungskriegs vorgegangen. Dementsprechend hatten die vier Einsatzgruppen, mobile Mordkommandos des RSHA, nahezu unumschränkte Verfügungs- und Aktionsgewalt und begannen im Rücken der vorrückenden Wehrmacht im Baltikum unverzüglich mit Massentötungen an der jüdischen Zivilbevölkerung. Der Grund für die geplante allumfassende Vernichtung des lettischen Judentums lag jedoch nicht allein im generell aggressiven Charakter des Vernichtungsfeldzuges. Langfristig war vorgesehen, die Territorien der baltischen Staaten für eine Germanisierung der Ostgebiete Europas zu nutzen und sogenannte „rassisch unerwünschte Elemente“ auszusiedeln. Die Rolle von einheimischen Bevölkerungsteilen als Handlanger in diesem Mordunternehmen war ebenfalls

im Voraus fest einkalkuliert worden.

Am 29. Juni 1941 hatte Heydrich die Einsatzgruppenchef dahingehend instruiert, dass „den Selbstreinigungsbestrebungen antikommunistischer oder antijüdischer Kreise in den neu zu besetzenden Gebieten kein Hindernis“ zu bereiten seien. „Sie sind im Gegenteil, allerdings spurenlos auszulösen, zu intensivieren wenn erforderlich und in die richtigen Bahnen zu lenken, ohne dass sich diese örtlichen ‘Selbstschutzkreise’ später auf Anordnungen oder auf gegebene politische Zusicherungen berufen können.“ In beiden Dokumenten wird deutlich, dass die Rolle beider Bevölkerungsgruppen Lettlands, der Juden und der Letten, klar umrissen war - Vernichtung für die Einen, Handlangerdienste durch die Anderen. Den NS-Besatzern war sehr wohl bewusst, welchen Boden sie betraten und inwieweit sie die Situation Lettlands und die Stimmung der Bevölkerung zur Realisierung dieser Planungen und zur Manipulation großer Bevölkerungskreise nutzbar machen konnten. Nach einem Jahr sowjetischer Herrschaft, den viele Letten zumeist als Terror erfahren hatten, handelte es sich um eine traumatisierte Gesellschaft, deren soziales kollektives Verhalten ernsthaften und langfristigen Schaden genommen hatte. Für viele Letten bedeutete die Anwesenheit der deutschen Streitkräfte eine Wiederherstellung einer wie auch immer gearteten Ordnung - und Vielen erschien jede Ordnung eine bessere Alternative zur sowjetischen Okkupation zu sein.

Lettische Reaktionen auf die deutsche Besatzung

Die Reaktion vieler Letten, die die deutschen Wehrmachtssoldaten als Befreier begrüßten, war für die Besatzungsmacht eine leicht zu kalkulierende und voraussehbare Komponente bei der Besetzung des Landes gewesen. Dies war in den höchsten Kreisen der NS-Führung bekannt. Ein zweiter Schritt war es, die sofort aufgedeckten Verbrechen des Stalinschen Regimes der jüdischen Bevölkerung anzulasten. Bei diesem manipulativ-propagandistischen Schachzug konnten die deutschen Besatzer auf bereits vorhandene Muster des lettischen Antisemitismus und die Unmittelbarkeit der erlebten sowjetischen Schreckensherrschaft aufbauen. Große Teile vor allem der jungen Bevölkerung Lettlands waren durch die einjährige Erfahrung des Terrors verroht und kriminalisiert, und so genügte an vielen Orten lediglich die Präsenz der deutschen Truppen, um das Feindbild des jüdischen Bolschewismus in blanke Gewalt eskalieren zu lassen. Die Juden Lettlands erfuhren die ersten Schritte des Verfolgungsprozesses in der exzessiven Gewaltwelle des Sommers und Frühherbstes 1941. Die Morde der Einsatzgruppe A, die unter der Führung von SS-Brigadeführer Dr. Walter Stahlecker im Baltikum bis zum 15. Oktober 1941 insgesamt 124.000 Juden das Leben kosteten, stellten nur einen Aspekt der Gewaltausschreitungen dar. Lettische sogenannte Freiwillige, Aktivisten und Selbstschutzleute, die die Willkür der Situation dazu genutzt hatten, sich zu bewaffnen, gingen mit massiver Gewalt gegen Juden

und vermeintliche Kommunisten vor. Bei diesen blutigen Ausschreitungen sowie den Erschießungen der EG A wurden bis zum 1. Februar 1942 im besetzten Lettland 35.238 Juden getötet. Beim Einmarsch der deutschen Truppen hatten sich von den vorher ca. 93.000 lettischen Juden noch ca. 70.000 Personen im Land befunden; viele Juden waren Opfer des sowjetischen Terrors geworden oder hatten fliehen können.

Die verbliebenen Juden saßen jetzt buchstäblich in der Falle und sahen sich, wie der Überlebende Bernhard Press beschrieb, von einem Meer von Hass umgeben, der sich in diesen Wochen willkürlicher Treibjagd und Lynchjustiz entlud. Dr. Rudolf Lange, Chef des EK 2 der EG A in einem Bericht notierte: „Das Ziel, das dem EK2 von Anfang an vorschwebte, war eine radikale Lösung des Judenproblems durch die Exekution der Juden.“ Sein Einsatzkommando sowie das EK 1b operierten in dieser Weise im Rücken der Wehrmacht. Die Zielgruppe dieser ersten Massenerschießungen waren zumeist jüdische Männer, jedoch wurden mancherorts bereits ganze Familien Opfer der Massaker. Der lettische Selbstschutz operierte parallel und teilweise in Zusammenarbeit mit der Einsatzgruppe und die Menschen wurden an die Ortsausgänge getrieben, mussten in vielen Fällen ihre Gräber selbst ausheben und wurden erschossen. Den Juden blieben angesichts dieser ausweglosen treibjagdähnlichen Situation nur spekulative und eingeschränkte Rettungsversuche. Die Eigeninitiative vieler Letten bei diesen Massenmorden wurde häufig als losgelöst

von deutschen Befehlen und der Präsenz der deutschen Truppen in einem Machtvakuum bzw. Interregnum interpretiert. Es hat nachweislich kein solches Interregnum gegeben. Das Land wurde flächendeckend und in sehr kurzem Zeitraum okkupiert. Auch wenn das Vorgehen von Letten gegen die Juden in vielen Fällen keiner deutschen Befehle bedurfte, so kann es ohne die initiierende Wirkung der Anwesenheit der Wehrmacht und der Einsatzgruppe nicht erklärt werden. Es gab ebenfalls eine Reihe von Fällen, in denen der deutschen Sicherheitspolizei lettisches eigenmächtiges Handeln gegen die jüdische Bevölkerung zu weit ging und den ordnungsgemäß geplanten Ablauf der Verfolgung störte. Auch war eine unkontrollierte Bewaffnung der Letten absolut nicht vorgesehen.

Einrichtung von Ghettos und Massenmord

Nach der vollständigen Besetzung der größeren Städte, zunächst Daugavpils, danach Riga und Liepaja, bemühte sich die Einsatzgruppe A umgehend, erstens, um die Etablierung von verbindlichen und längerfristigen Regeln in der sogenannten Judenfrage und, zweitens, um die Koordinierung und Kontrolle der lettischen Hilfswilligkeit im gewünschten besatzungspolitischen Sinn. Für die Juden bedeutete dies eine Flut von Verboten und Regeln, die ihre Rechte als Staatsbürger gleichsam zunichtemachten, die Einschränkung ihres Wohnraums durch den Befehl zur Ghettoisierung, die Abgabepflichten hinsichtlich ihres Eigentums und Zwangsarbeit. All diese

Verfolgungsmaßnahmen hatten zunächst improvisierten Charakter, wurden jedoch rasch institutionalisiert. Die ersten Vorschriften zur Kennzeichnung der Juden waren vom Ermessen der jeweiligen Wehrmachts-Ortskommandantur abhängig und entsprechend uneinheitlich. Auch Schikanen waren vom Willen des jeweiligen Ortskommandanten diktiert. So verbot beispielsweise der Kommandant der Stadt Riga den dortigen Juden das Schlangestehen vor den Geschäften. Dabei ist ersichtlich, dass die ersten Vorschläge zur Konzentrierung der jüdischen Bevölkerung in abgeschlossenen Wohnbezirken bereits am 21. Juli 1941 von Seiten des Wirtschaftskommandos der Wehrmacht für das Gebiet des ehemaligen Lettlands kamen. Die Schaffung von Ghettos wurde in engem Zusammenhang mit dem Einsatz der Juden zur Zwangsarbeit gesehen, insbesondere angesichts der notwendigen Sicherung der Versorgung des Heeres im weiteren Verlauf des Ostfeldzuges. Die Militärverwaltung übertrug ihre Befugnisse am 1. September 1941 an die Zivilverwaltung, an das Reichskommissariat Ostland bzw. Generalkommissariat Lettland, die die weiteren Schritte in den wichtigsten wirtschaftlichen Fragen der Judenverfolgung, der Zwangsarbeit, Ghettoisierung und der Enteignung des facto übernahm. Die entsprechenden Erlasse wurden jedoch bereits Anfang August 1941 formuliert und betrafen der Meldepflicht für Juden, Verbote, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, Berufsverbote für Juden im Medizin-, Rechts- und Finanzbereich, Anmeldung und Abgabe

ihrer Vermögenswerte sowie die Definition der Juden im rassistischen Sinn.

Im Gegensatz zu diesen Maßnahmen behielt sich die Sicherheitspolizei die Aufgabe der Terrorisierung, Verhaftung und Ermordung von Juden vor. Die erste Welle der wilden Ausschreitungen war zwar vorüber, jedoch kam es zu keiner wirklichen Unterbrechung der massenhaften Ermordung von Juden. In der zweiten Welle des Terrors vor der Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung gelang es der deutschen Sicherheitspolizei, den anfangs wilden und „bunt zusammengewürfelten Haufen“ freiwilliger Letten zu einer funktionierenden lettischen Hilfspolizei mit eindeutig abgegrenzten und definierten Aufgabenbereichen umzustrukturieren. Diese uniformierte Polizei konnte längerfristig eingesetzt werden und bewegte sich in den von den deutschen Besatzern gewünschten Disziplinstrukturen. Die weiterhin benötigten radikal gesinnten Letten, die zu den extremsten Hilfstätigkeiten, den Morden selbst eingesetzt wurden, konnte Dr. Stahlecker, der Chef der EG A selbst, bereits in den ersten Stunden seines Aufenthalts in Riga ab Anfang Juli 1941 im gewünschten Sinn aufstellen. Er entschied sich, das Angebot des radikalen „Freiwilligen“ Viktors Arajs, der ihm mit seinen ca. 200 bewaffneten Männern seine Zusammenarbeit bei der Ermordung von Juden und Kommunisten anbot, anzunehmen und gewann damit einen willfähigen extrem antisemitisch eingestellten Komplizen, der in Eigeninitiative agierte, jedoch auch beim Morden nie den ihm von der deutschen Sicherheitspolizei zugebillig-

ten Kompetenzrahmen überschritt. Unter der Führung des Kommandeurs der Sicherheitspolizei SD Lettland Dr. Lange wurden die Morde an den Juden weitergeführt. Dabei gestaltete sich nicht nur die Kooperation zwischen deutscher und lettischer Polizei weit geordneter und systematischer, auch die Morde selbst wurden nach einem festen Muster durchgeführt. Die jüdischen Opfer, zumeist junge Männer wurden bei systematischen Wohnungsdurchsuchungen oder auch einfach auf der Straße verhaftet.

Häufig wurden Juden, die zur Zwangsarbeit verschleppt wurden, sofort direkt im Anschluss daran ins Rigaer Zentralgefängnis gebracht. Von dort aus wurden sie in regelmäßigen nächtlichen Aktionen im Wald von Bikernieki, am Stadtrand Rigas, erschossen. Die Verhaftenden, das Wachpersonal im Zentralgefängnis sowie die Ausführenden der Morde waren in vielen Fällen Letten, sogenannte Freiwillige, danach Hilfspolizisten und Angehörige des Arajs-Kommandos. In den anderen Städten des besetzten Lettland wurden die verschleppten Juden einige Wochen von den lokalen Polizeikräften in verfügbaren öffentlichen Gebäuden, Schulen, Scheunen oder auch auf der Polizeiwache, festgehalten und von dort zu Zwangsarbeiten zumeist in der Landwirtschaft gezwungen. Zwischen Juli und September 1941 erfolgten die regelmäßigen Erschießungen, und auch außerhalb Rigas waren die Ausführenden der Taten einheimische Polizisten oder Angehörige des Kommandos Arajs. Es wird geschätzt, dass bei den Morden dieser zweiten Gewaltwelle gegen Juden, die

bis zur Etablierung der Ghettos stattfanden, ca. 26.000 Menschen ums Leben kamen: 22.000 Juden, 2.000 Kommunisten, 2.000 Sinti und Roma und Geisteskranke. Als die ersten Maßnahmen zur Ghettoisierung eingeleitet wurden, waren im Generalbezirk Lettland von 93.000 noch ca. 40.000 Juden am Leben. Die Schaffung der Ghettos in Lettland sollte nach polnischem Modell erfolgen, jedoch erforderten lokale Unterschiede entsprechende Abweichungen. Die drei im Generalbezirk Lettland errichteten Ghettos in Riga, Daugavpils und Liepaja schrieben jeweils eine eigene Ghettoesgeschichte und hatten unterschiedliche Zeitpunkte ihrer Entstehung, heterogene Funktionen, Bevölkerungsstruktur, Größe und Überlebenschancen.

Die Rigaer Juden, die den Terror beider Mordwellen zunächst überlebten, bekamen entsprechend den Richtlinien vom 18. August 1941 den Befehl, in ein Ghetto überzusiedeln und einen Judenrat zu schaffen. Nach der langwierigen Umsiedlung, die die Juden ohne Nutzungsrecht der öffentlichen Verkehrsmittel vollziehen mussten, wurde das Ghetto offiziell am 25. Oktober 1941 um 18 Uhr geschlossen. Der Rigaer Judenrat genoss den Ruf, im besten Sinn der Ghettoinsassen und kompetent zu agieren, obgleich das gesamte soziale interne Ghettosystem ein ungeheurer Akt der Improvisation darstellte. Das äußere Wachpersonal wurde aus lettischer Hilfspolizei, insgesamt zunächst 144 Mann, zusammengestellt. Ghattokommandant wurde SS-Obersturmführer und Chef des Judenreferats des EK 2 Kurt Krause.

Insgesamt waren 29.602 Juden als Ghettobewohner registriert; ca. 21.000 Frauen und Kinder und 8.200 Männer. Die Nahrungsmittelversorgung der Ghettobewohner, die Enge des Wohnraums (4 Quadratmeter pro Person), die hygienischen Verhältnisse, die Zwangsarbeit und der Terror durch die Wachmannschaften glichen der Situation anderer Ghettos. Dem Rigaer Ghetto waren jedoch in dieser Form und Struktur lediglich ca. zwei Monate gegeben: in zwei großen Mordaktionen wurden am 29./30. November und am 8./9. Dezember 1941 ein Großteil der Ghettobewohner ermordet. Lediglich ca. 4.500 Menschen, größtenteils junge Männer und einige arbeitsfähige Frauen, entgingen den vorangegangenen Selektionen. In den anderen Städten und Orten Lettlands waren die meisten Juden bis Spätherbst 1941 ebenfalls ermordet worden. Damit war die jüdische Gemeinde Lettlands de facto ausgelöscht.

Das Ghetto Riga gehörte zu den Deportationsorten für ca. 20.000 reichsdeutsche, österreichische und tschechische Juden. Diese Juden besiedelten das nun leere Rigaer Ghetto und bestimmten bis zu dessen Auflösung im Herbst 1943 dessen Charakter. Ein neuer Judenrat wurde geschaffen, Straßen wurden umbenannt, das soziale Leben im Ghetto folgte neuen Regeln. Am 21. Juni 1943 befahl RFSS Heinrich Himmler, alle Juden im Ostland in Konzentrationslager „nicht unter einer Größe von 1.000 Mann“ zu überführen. Die Auflösung des Ghettos und die Umverteilung der fast ausschließlich im Zwangsarbeitsprozess stehenden Ju-

den in das KL Kaiserwald und seine Nebenlager dauerte bis Spätherbst 1943 an. Als mit der veränderten Frontlage die Rote Armee unaufhaltsam auf Riga zurückte, wurden in grausamen Blitzaktionen die bis dahin am Leben gebliebenen Juden großteils per Schiff unter unmenschlichen Bedingungen nach Westen evakuiert; ca. 14.350 Juden gelangten ins KL Stutthof. Die Wege auf deutschem und polnischem Territorium führten weiter westwärts auf „Todesmärschen“, denen in den letzten Kriegswochen des harten Winters 1944/45 ein Großteil der Juden zum Opfer fiel. Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass schätzungsweise 1,25% der lettischen Juden (weniger als 1.000 Personen) die NS-Verfolgung nicht überlebt haben, und von den ca. 20.000 nach Riga deportierten Juden nur etwas mehr als 1.100 Menschen diese Maßnahmen überlebten. All dies vollzog sich vor den Augen der lettischen Bevölkerung und unter Mitwirkung von Gruppen Einheimischer, die die antijüdische Verfolgungspolitik aktiv oder passiv unterstützten.

Das Arajs-Kommando

Im Folgenden soll eine aktiv und eigeninitiativ unterstützende Gruppierung näher vorgestellt werden, deren Agieren gegen die jüdische Bevölkerung so weit mit den Interessen übereinstimmte, dass nicht nur von Unterstützung, sondern von der Durchsetzung gleichgelagerter antisemitischer und krimineller Eigeninteressen gesprochen werden kann: das Kommando unter Viktors Arajs. Es handelte sich dabei strukturell, personell und funktional um eine nahezu

einzigartige Erscheinung in den besetzten Ostgebieten: Ein mobiles Mordkommando, dessen aggressiver und antisemitischer Charakter das Ausmaß der fast vollständigen Auslöschung des lettischen Judentums überhaupt möglich machte. Zunächst einige grundlegende Daten zu Entstehung, Struktur und zur Tatinvolvierung dieses Kommandos. Als das EK 2 unter der Leitung des Chefs der EG A, Dr. Walter Stahlecker, am 1. Juli 1941 in die Stadt Riga einrückte, hatte Viktors Arajs, ein ehemaliger Jurastudent und Polizeiangehöriger, bereits ca. 100-200 Mann um sich geschart und die Rigaer Polizeipräfektur unter seine Kontrolle gebracht. In einem ersten Treffen mit Stahlecker bereits am Tag des Einmarschs am 1. Juli 1941 bot er ihm unumwunden seine Unterstützung bei den Judenliquidierungen und bei der Jagd auf Kommunisten an. Dies geschah im vollen Bewusstsein der zu leistenden Verbrechen, sowohl für Arajs selbst, als auch für seine Männer. Arajs war auch klar, dass er seine Aktionen im vollen Einverständnis und in absoluter Unterordnung unter die Befehlsgewalt der Sicherheitspolizei durchzuführen hatte. Das für viele Letten wichtige Motiv einer eventuellen Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht, um ein staatlich unabhängiges Lettland wiederherzustellen, spielte hier keine Rolle. Stahlecker legte, bevor er mit Teilen des EK2 nach Leningrad weiterzog, die grundlegenden Befugnisse für das Arajs-Kommando fest und unterstellte es direkt unter die Befehlsgewalt von KdS Lettland Dr. Rudolf Lange. Das Arajs-Kommando erhielt ein Gebäude

im Zentrum Rigas als Hauptsitz, in dem sich geeignete Kellerräume zur Inhaftierung von Menschen befanden. Insbesondere jüdische Frauen wurden dort festgehalten, zu Reinigungsarbeiten eingesetzt und regelmäßig vergewaltigt, misshandelt und ermordet. Keiner der sicherheitspolizeilichen Befehle für die Tätigkeit des Arajs-Kommandos ist überliefert, da sie in der Regel telefonisch erfolgten; beide Komplizen waren sich des kriminellen Inhalts ihrer Tätigkeit voll im Klaren und versuchten, keine dokumentarischen Spuren zu hinterlassen.

In Riga folgten mit der Anwesenheit der deutschen Truppen und der Sicherheitspolizei sofort massive Ausschreitungen gegen die Juden, die sich in Terror, Verhaftungen, Erschießungen in Bikernieki und Beraubung der Opfer äußerten. Obwohl die lettischen Aktivisten der ersten Stunde, den jüdischen Überlebenden zumeist als bewaffnete und marodierende Letten mit rot-weiß-roten Armbinden in Erinnerung geblieben, eher unorganisiert waren, gelang es der Sicherheitspolizei, auch dank des Arajs-Kommandos, sehr rasch, die antijüdischen Übergriffe systematisch zu steuern. Ein Höhepunkt war die Verbrennung und Zerstörung nahezu aller Synagogen und jüdischen Bethäuser in Riga unter der Leitung von Viktors Arajs und seinen Männern. Bis Mitte Juli 1941 fanden täglich Massenerschießungen im Wald von Bikernieki statt. Angehörige des Arajs-Kommandos holten die zumeist jüdischen Gefangenen regelmäßig mit Lastwagen im Zentralgefängnis ab, brachten sie zur Exekutionsstätte und ermordeten sie dort. Das

dazu festgelegte Erschießungskommando bestand aus 25 Mann, die in der Regel auf jedes Opfer jeweils zwei Schüsse abgaben. Es wird geschätzt, dass in der zweiten Welle der Gewalt gegen die Rigaer Juden bis zur Ghettoisierung im Oktober 1941 ca. 9.000 Menschen in Bikernieki den Tod fanden. Das Arajs-Kommando war ebenfalls an der zweiten großen Ermordungsaktion zur Liquidierung des Rigaer Ghettos am 8./9. Dezember 1941 beteiligt. Arajs selbst soll nach Aussage einer überlebenden Zeugin ausgerufen habe, „heute solle hier Judenblut fließen“. Einen sehr großen Anteil der Mordaktionen dieses Kommandos nahmen die antijüdischen Aktionen außerhalb Rigas, in anderen Städten und auf dem Lande ein. Diese Morde sind unter der Bezeichnung der Aktionen der „Blauen Busse“ in Erinnerung von Zeugen geblieben. Das lettische Judentum außerhalb Rigas wurde bis Oktober 1941 bis auf ca. 15.000 Menschen ausgelöscht, die in den zwei Ghettos in Daugavpils und Liepaja interniert wurden. In der Regel erteilte KdS Rudolf Lange der lettischen Hilfspolizei in den Provinzstädten und -orten mit, dass die lokalen Juden zu internieren seien. In vielen Fällen jedoch agierte die lettische Ortspolizei in Zusammenarbeit mit dem lettischen Selbstschutz ohne deutsche Befehle und verhaftete die Juden (wie beispielsweise der selbsternannte Polizeichef in Jelgava, Martins Vagulans, auf eigene Initiative verfuhr). Lange gab seine telefonischen Anweisungen an das Arajs-Kommando, wonach diese in besagten blauen Bussen an die jeweiligen Orte zu fahren und die Opfer zu ermorden

hatten. Der Abordnung von ca. 35-40 Arajs-Leuten wurden von den Gemeinden zumeist auch Übernachtungsmöglichkeiten gestellt. Die Opfer wurden in der Regel in den umliegenden Wäldern ermordet, wobei das Ausheben und Schließen der Massengräber von den Bauern der Umgebung erledigt werden musste. Diese Mordaktionen fanden im gesamten Land statt und erreichten ihren Höhepunkt im Herbst 1941. Bei einer Fahrt im September 1941 besuchte eine Abordnung des Arajs-Kommandos mehrere Orte in Ostlettland, zunächst Valmiera, im Anschluss daran Rezekne, wo die Einheit nach der dortigen Aktion geteilt wurde und in zwei Gruppen weiter nach Vilani und über Riga nach Ventspils in Westlettland fuhr. In jedem dieser Orte betrug die Opferzahlen mehrere Hundert Menschen, und in der Regel bedeutete dies die Auslöschung des gesamten örtlichen Judentums, das heißt, das Kommando hinterließ den jeweiligen Ort nach nur wenigen Stunden seines Aufenthalts „judenfrei“.

Die Opferzahl des Arajs-Kommandos in der Provinz kann vorsichtig auf ca. 9.000 Menschen geschätzt werden. Wie sah die innere Struktur dieses Mordkommandos aus? Welche Menschen verübten diese systematischen Verbrechen? Viktors Arajs selbst war als äußerst ehrgeiziger Mensch bekannt, dessen soziale Position deutlich unter seinen eigenen Erwartungen lag. Sein Hass auf die Juden und Kommunisten kann als Mischung aus Rassismus und opportunistischem Fanatismus gewertet werden. Seine überzeugende Ausstrahlung hatte

starken Einfluss auf die Gewinnung von jungen und zumeist unerfahrenen Menschen für sein Kommando. Als er am 4. Juli 1941 in der antisemitischen Zeitung „Tevija“ seinen Aufruf an alle nationalistisch, antikommunistisch und patriotisch gesinnten Personen zur Rekrutierung von Kommandomitgliedern veröffentlichte, erreichte er tatsächlich die gewünschte Zielgruppe: junge Männer, die zumeist aus der Provinz stammten und noch keine beruflichen Erfahrungen gesammelt hatten, aber durch den gegenwärtigen Eindruck der sowjetischen Terrormaßnahmen zu entsprechenden Racheaktionen bereit waren. Auch kriminelle und abenteuerlustige Elemente suchten Kontakt zu seinem Kommando. Die Einheit bot für Männer, die in Riga weder Arbeit, ein soziales Netzwerk noch eine Einkommensmöglichkeit hatten, Unterkunft, schnelle finanzielle Vorteile und vor allem eine Arbeitsroutine, die kriminelle Entgrenzungen ohne juristische Konsequenzen zuließ, ja sogar forderte. Dementsprechend negativ waren sowohl das Auftreten der Kommandomitglieder als auch deren Ruf bei der Rigaer Bevölkerung, die ihnen und ihren Etablissements aus dem Weg gingen und sie als die Arajs-Burschen oder -bande bezeichnete. Der Durchschnittslette sah sehr wohl, dass es sich bei diesem Mordkommando um eine Gruppierung handelte, die sich jenseits der ethischen und legalen Normen bewegte.

Insgesamt versuchten die nichtjüdischen Bewohner des Landes den antijüdischen Maßnahmen aus dem Wege zu gehen. Wenn sie dennoch unfreiwillige Zeugen der

Verbrechen wurden, verdrängten sie das Erlebte und versuchten, ihren eigenen Alltag unter den Bedingungen der Besetzung so unauffällig wie möglich zu gestalten. Die Tageszeitungen zwischen 1941 und 1943 sind gefüllt von Meldungen, die auf einen normalen Alltag einer Bevölkerung unter den Bedingungen einer wirtschaftlich und politisch unangenehmen, jedoch keinesfalls terroristischen Besetzung schließen lassen. Man akzeptierte die Verbrechen an den Juden als Gegebenheit der nationalsozialistischen Besetzung größtenteils, wollte aber damit selbst nichts zu tun haben und verschloss die Augen. Die Komplizen und Handlanger der deutschen Sicherheitspolizei in der sogenannten Judenfrage waren der kleine aber effiziente Personenkreis des harten und selbst agierenden Kerns, des Arajs-Kommandos und der Peripherie der zahlenmäßig größeren lettischen Hilfspolizei, die sich bei der Durchführung der Morde als Helfer und Befehlsausführer beteiligte. In einem Aspekt Judenverfolgung hingegen erweiterte sich der beteiligte Personenkreis, sowohl auf Seiten der deutschen Besatzungsmacht, als auch bei der lettischen Bevölkerung immens: bei der Beraubung des Eigentums der jüdischen Opfer. Auf deutscher Seite lieferten sich Zivilverwaltung und Sicherheitspolizei erbitterte Grabenkämpfe um die Sicherstellung des jüdischen Eigentums. Jede Behörde beanspruchte die geraubten Werte für sich und versuchte, diese in die eigenen Taschen zu wirtschaften. Auf lettischer Seite erfolgten ähnliche Szenarien. Bei der Verhaftung von Juden griffen sowohl Leute des

Arajs-Kommandos als auch der Hilfspolizei Wertgegenstände und Gelder ab, wo sie nur konnten. Die deutsche Sicherheitspolizei und die Zivilverwaltung tolerierten ein gewisses Maß an Raubfällen durch lettische Komplizen, behielt jedoch die Erfassung und Sicherstellung der tatsächlich wertvollen Objekte strikt für sich. Nachdem die Juden als soziale Gruppe stigmatisiert und entrechtet worden war, richteten sich die Interessen vieler Letten gleichsam instinktiv auf die zu erwartenden Vermögenswerte der Opfer. Diese Art an vorausschauendem Opportunismus, Pragmatismus bis hin zur entgrenzten Gier lässt sich in jeder sozialen Krise, bei politischen Umstürzen oder Kriegen gleichermaßen beobachten. Das Motiv der Bereicherung machte weit mehr Letten zu Tatbeteiligten und Mitwissern bei der Judenverfolgung als es bei der Terrorisierung und Ermordung der Menschen der Fall war. Viele dieser plündernden Letten hatten keine antisemitischen Motivationen. Es gibt in überlieferten Dokumenten jedoch Hinweise darauf, dass Beteiligung an antijüdischen Aktionen bei Anträgen zum Erwerb von Gegenständen aus ehemals jüdischem Besitz als erfolgversprechender Aspekt eingesetzt wurde. So bewarb sich der Rigaer Hafenschutzmann Peteris Leikarts am 30. April 1942 bei der deutschen Treuhandverwaltung für den verbilligten Kauf von Küchengegenständen aus dem Ghetto mit folgenden Worten: „Ueber mich kann ich folgendes berichten. Ich (...) bin verheiratet, stehe im Dienst der Hafenpolizei seit dem 1. Juli 1941 und habe mich an der Judenaktion

beteiligt.“ Damit kann die aktive Beteiligung an den Massakern zur Liquidierung des Rigaer Ghettos gemeint sein, bei der nachweislich auch die Hafenpolizei zur Bewachung der vielen Menschen zum Einsatz kam. Viele Letten verschafften sich auch illegale Papiere, um im Ghetto zu plündern bzw. Einkäufe zu tätigen. Die Anträge auf entsprechende Passierscheine, die Letten bei der Zivilverwaltung einreichten, füllen ganze Aktenbände. Nach der Ermordung der lettischen Juden und vor der vollständigen Besiedlung des Ghettos mit deportierten Juden befand sich dort jede Menge sogenanntes „herrenloses Eigentum“. Die deutsche Besatzungsverwaltung hingegen wollte ein Mindestmaß an Kontrolle und Übersicht in dem Enteignungsprozess behalten und bestrafte illegale Plünderung größeren Ausmaßes mit drastischen Mitteln. So wurden im August 1941 Angehörige des lettischen Selbstschutzes in Karsava aus dem Dienst abgeschoben, da sie sich am Eigentum der ermordeten Juden vergriffen hatten. Wenn Letten die Möglichkeiten hatten, Zugriff zu geraubtem jüdischen Eigentum zu erlangen, handelte es sich in der Regel um wenig wertvolle Gegenstände. Bei größeren Vermögenswerten, ausländischer Währung, Immobilien etc. ließ sich die deutsche Besatzungsverwaltung das Heft nicht aus der Hand nehmen. Es wurde auf keinen Fall zugelassen, dass lettische Eigeninitiative in dieser Frage die Einnahmen der deutschen Verwaltung minderte und der Besatzungsalltag gestört wurde. Insgesamt ist auffällig, dass sich auch Letten, die durchaus kein Interesse

am Schicksal der verfolgten Juden zeigten und sich aus dem Ereignissen der Verfolgung heraushielten, ein aktives Verhalten entwickelten, um sich an den Objekten der Beraubung zu bereichern. In den kleineren Ortschaften wurde die weniger wertvolle Habe der ermordeten Juden an die Ortsbewohner zu niedrigen Preisen versteigert. Die regelmäßigen Kaufs- und Tauschgänge von vielen Bewohnern der Städte, die über Ghettos verfügten, in diese jüdischen Wohnbezirke zeugt von einer gezielten Ausnutzung der Lage der Enteigneten und von einem gewissen Einverständnis mit deren Schicksal. Viele Letten nutzten auch den sozialen Rechts- und Privilegienentzug der Juden vor der Ghettoisierungsphase finanziell aus. So entstand aus der Notlage der Juden, sich auf dem Territorium des Rigaer Ghettos innerhalb kürzester Zeit eine Bleibe suchen zu müssen, ein Schwarzmarkt mit hohen Wucherpreisen. Auch dringende Arztbesuche und ähnliche Notfälle konnten Juden jetzt hohe Preise kosten, abgesehen von dem kostspieligen Privileg, beim Untertauchen von ehemaligen Bekannten nicht denunziert zu werden. Habgier war in den meisten Fällen das Hauptmotiv. In den meisten dieser Fälle handelte es sich um typisch menschliches Verhalten in der Extremsituation einer politischen Instabilität. Antisemitische Hintergründe können zwar nicht ausgeschlossen werden, bildeten jedoch nicht die alleinige Grundlage dieses kollektiven Verhaltens.

Hilfe und Solidarität

Allerdings gab es durchaus Letten, die die Verfolgung der Juden nicht nur ablehnten, sondern auch aus den verschiedensten Gründen und unter den unterschiedlichsten Umständen zu handeln bereit waren, um Solidarität und Hilfe zu leisten. Die Gruppe dieser Personen war zwar prozentual eher klein, jedoch hatte die Handlungsweise weitreichende Folgen. Nicht wenige Aufzeichnungen Überlebender zeugen von den abenteuerlichen und hoch riskanten Aktionen ihrer Retter. Jemand, der sich ernsthaft zu dem Schritt entschloss, einem oder mehreren Juden in ihrer Notlage zu helfen, betrat sehr gefährliches Terrain: das Verstecken von Juden wurde mit der Todesstrafe geahndet. Selbstverständlich war die Zahl der Letten, die durch Gesten, das Zustecken von Lebensmitteln oder einfach Freundlichkeit ihre Solidarität mit den Juden äußerten, weit höher und wurde kaum dokumentiert. Jeder Bericht Überlebender reflektiert jedoch eine Reihe von Gesten, die in der Kompliziertheit des Ghetto- oder Zwangsarbeitsalltags dennoch eine weitreichendere Bedeutung erlangten. Diese Fälle verdeutlichen, dass die lettische Gesellschaft, wie jede andere soziale Gemeinschaft, nicht als monolithischer Block funktionierte, weder in der Zustimmung und Mitwirkung bei der Judenverfolgung, noch in ihrer Gleichgültigkeit oder Ablehnung angesichts dieses Verbrechens.

Das jüdische Dokumentationszentrum „Juden in Lettland“ verfügt über eine Kartei mit über 200 Fällen von Hilfeleistungen und

Solidarität für verfolgte Juden. In 52 Fällen wurden die Helfenden verhaftet, in 14 Fällen mussten die Helfenden ihre Solidarität mit dem Leben bezahlen. Der bekannteste Fall der Rettung von Juden war das hochorganisierte Netzwerk des Rigaer Hafenarbeiters Zanis Lipke, der in einer jahrelangen waghalsigen Aktion 56 verfolgten Juden das Leben rettete. Aus den wenigen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln baute er ein weitverzweigtes Netz von vertrauenswürdigen Personen auf, mit deren Hilfe er längerfristige Unterkunft und Verpflegung für die Verfolgten organisieren konnte. Er und seine Männer schreckten auch nicht davor zurück, sich Judensterne an die Kleidung zu heften, ins Ghetto einzudringen und auf diese Weise Juden die Flucht aus dem Ghetto zu ermöglichen. Es versteht sich von selbst, wie hoch die Gefahr der Denunziation bei einer solch hohen Zahl der involvierten Mitwisser war und welche Umstände umgangen werden mussten, um unter den Bedingungen eines strikten Lebensmittelkartensystems die Verpflegung so vieler Personen zu ermöglichen. Im Jahr 1977 wurde Lipke in Jerusalem mit der „Medaille der Gerechten“ für seine selbstlosen Taten gewürdigt. Andere Helfer hatten weniger Glück. Alma Pole, die im Keller ihres Hauses in der Rigaer Altstadt sieben Juden verbarg, wurde entdeckt. Alle Beteiligten wurden von der Sicherheitspolizei erschossen. Der Rigaer Historiker Margers Vestermanis kam zu dem Schluss, dass es sich bei den Letten, die Juden Hilfe erwiesen, zumeist um Vertreter aus der Arbeiterschaft, um Kleinbauern oder

demokratisch gesinnte Intelligenzler handelte. Die Motive, Mitgefühl in riskantes Handeln umschlagen zu lassen, waren jedoch in jedem Fall individuell verschieden gelagert.

Wie lassen sich die drei Verhaltensweisen von verschiedenen Gruppen der lettischen Gesellschaft angesichts des Holocaust charakterisieren? Der Einmarsch der deutschen Streitkräfte und die sofortige Verfolgung der Juden wurden zwar kollektiv wahrgenommen, dennoch gab es divergierende Reaktionen. Diese konnten so extrem unterschiedlich sein, dass sie von aktiver Unterstützung bis hin zur Initiativhandlung im Mordgeschehen selbst wie auch zum Widerstandsverhalten und der aktiven Hilfeleistung für die verfolgten Menschen reichte. Beide Personenkreise, die zu einer solch eindeutig zustimmenden oder ablehnenden Reaktion neigten, waren eher klein. Sowohl aktive Kollaborateure als auch Judenretter waren zahlenmäßig vergleichsweise nur wenige Personen, wobei jedoch das lautstarke und gewalttätige Auftreten der Täter und Mitäter in der Verfolgung eine entsprechende Langzeitwirkung hatte. Die größte Gruppe, die am ehesten den Querschnitt der lettischen Gesellschaft repräsentierte, waren die passiven Beobachter, die versuchten, sich aus dem Geschehen möglichst herauszuhalten und ihren Lebensunterhalt zu sichern. Dies führte allerdings in nicht wenigen Fällen zu Interventionen, um sich am Eigentum der verfolgten Juden zu bereichern und die Lage dieser Menschen auszunutzen. Als Gründe für diese Handlungsweise können

in den meisten Fällen Opportunismus und nüchterner Pragmatismus geltend gemacht werden. Die zwei anderen Reaktionsoptionen - den freiwilligen Eintritt in die Reihen der Mörder oder zumindest der Täter bzw. die Entscheidung, sein Leben für die Rettung Verfolgter zu riskieren, folgen jeweils eigenen Mechanismen. Ein auch nur flüchtiger Einblick in die soziale Struktur des Kommandos unter der Führung von Viktors Arajs erlaubt die unzweifelhafte Schlussfolgerung, dass es sich bei den meisten Tätern, insbesondere in den Anfangsmonaten der Tätigkeit der Einheit, um junge, sozial ungefestigte, ungebundene und in den meisten Fällen äußerst gewaltbereite Männer handelte. Es kann behauptet werden, dass der in diesem Kommando herrschende Antisemitismus eine stark gewalttätige Komponente aufwies und viele der Mitglieder ihre antijüdischen Feindbilder erst in Berührung mit der Gruppe und den ersten Aktionen gegen die Opfer ausformten und in erster Linie als Reaktion auf die sowjetischen Terrormaßnahmen in Lettland auf Gewalt aus waren, die lediglich an ein entsprechendes antijüdisches Feindbild gekoppelt werden musste.

Jedoch kann hier kein kollektives Gesamt- oder Pauschalbild entworfen werden. Es gab einen gefestigten antisemitischen und stark auf die Leitfigur Viktors Arajs ausgerichteten Kern, der die innere Dynamik und Struktur der Gruppe bestimmte. Im Sinn der Gruppendynamik des Modells Christopher Brownings haben auch diese Männer in ihrem eigenen gewaltbereiten und

gleichsam rechtsfreien Raum agiert, richteten sich nach eigenen internen Verhaltensregeln, Codierungen und Kommunikationsformen. Ihr zumeist kollektives Auftreten in der lettischen Öffentlichkeit rief dementsprechend in der Regel Abneigung und Entfremden hervor; der Durchschnittslette ging ihnen aus dem Weg. Der Durchschnittslette versuchte insgesamt, all den unangenehmen Begleiterscheinungen des deutschen Besatzungsalltags aus dem Weg zu gehen. Wie in jeder Gesellschaft schauten die meisten Beobachtenden der Verbrechen und Ungerechtigkeiten weg und ignorierten die Geschehnisse, um sich selbst zu schützen und einen gewissen Grad an Normalität zu wahren. Anders waren die Fälle der Hilfeleistungen für Juden gelagert. Hier agierten die betreffenden Personen zumeist unter extrem konspirativen Umständen und bemühten sich demnach - im Gegensatz zu der lärmenden und auffälligen Horde der Kollaborateure - um strikte Geheimhaltung und Unauffälligkeit. Somit wurden sie von der breiten Masse und - wenn sie Glück hatten - auch von der Sicherheitspolizei kaum wahrgenommen.

Die Aktenlage sowie Zeugenaussagen verdeutlichen insgesamt, dass es sich bei den Reaktionen vieler Letten um ein Gesamtbild handelte, das eine durchschnittliche Gesellschaft unter den Bedingungen von Okkupation, Kriegshandlung und erfahrenem Terror zeigt. Das Ergebnis der Dokumentenauswertung zeigt, dass es sich bei den Kollaborateuren um einen relativ geringen Teil aktiver Unterstützer handel-

te, während das überwiegende Gros der Letten zu einer selbstschützenden Gleichgültigkeit neigte. Es ist nicht Aufgabe des Historikers, dies moralisch zu bewerten. Ähnlich gestaltete sich die Rolle der sogenannten Handlanger, der großen Gruppe der Hilfspolizei, deren Motive und Ausmaß der Tatbeteiligung selbst in jedem Fall unterschiedlich gelagert waren. In den meisten Fällen ist eine eindeutige Bestimmung der Involvierung in das Verbrechen gegen die Juden aufgrund fehlender Dokumentation nicht möglich. Es müsste in jedem Fall der lettischen Schutzmannschaftsangehörigen oder der Hilfspolizei geprüft werden, unter welchen Bedingungen welche Befehle auf welche Weise ausgeführt wurden. Und ob diese Befehle Beihilfe zum Mord, Mord selbst oder die Unterstützung der Rahmenbedingungen des Verbrechenstystems waren. Es ist verständlich, dass aufgrund der Quantität der Fälle und der fehlenden individuellen Dokumente eine solche Arbeit von keinem Historiker geleistet werden kann. Ohne jedoch den Tatsachen zu widersprechen kann in vielen Fällen befehlsgebundener Hilfstätigkeit der lettischen Hilfspolizei von Beihilfe zum Mord ausgegangen werden. Noch problematischer zeigt sich die Bestimmung des Verhaltens der lettischen landeseigenen Verwaltung in der Frage der Judenverfolgung. Von lettischer Seite wurde das Agieren dieser Behörde zumeist in das Licht des passiven Widerstands im Sinn einer Einflussnahme auf die deutsche Besatzungspolitik gerückt. Wie fließend dabei die Grenzen sind und nachhaltig Alibis für

Tatbeteiligungen geschaffen wurden, dürfte auch für den Nichthistoriker deutlich sein.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es sich bei der Reaktion der verschiedenen Bevölkerungsteile des NS-okkupierten Lettland um ein mehr oder minder plausibles Verhaltensspektrum unter den Bedingungen einer Besatzung handelte: es gab eine nicht allzu große Gruppe von aktiven Tätern und Mittätern in der Durchführung des Holocaust, deren extrem gewaltsames und kriminelles Auftreten bleibende Spuren im kollektiven Gedächtnis hinterlassen haben und in diesem ein Gesamtbild des lettischen kollaborierenden Prototyps geschaffen haben. Demgegenüber standen die im illegalen Untergrund und an der Peripherie wirkenden Helfer der verfolgten Juden, ebenfalls eine zahlenmäßig nicht sehr große Gruppe. Der größte Teil der lettischen Gesellschaft nahm die an den Juden ihres Landes begangenen Verbrechen gleichsam als notwendiges Übel der NS-Besatzung hin, die ihn immerhin vom sowjetischen Terror befreit hatte. Das Leid der Juden lag jenseits des Erfahrungshorizonts und Verständniswillens der meisten Letten und sie verdrängten es bzw. es war ihnen tatsächlich gleichgültig. Diese Konzentration des Blickwinkels auf strikt eigene Belange ist eine Konstellation, die in jeder beliebigen Gesellschaft unter ähnlichen historischen oder gegenwärtigen Extremumständen wie Krieg, Terror oder anderweitige Unterdrückung auftreten kann. Die hier demonstrierten Besonderheiten lassen sich in der Einbettung der Motive für

dieses Verhalten in den Kontext der Landesgeschichte und der kollektiven historischen Erfahrungen der Letten finden. Dies war in erster Linie die kurz vor dem deutschen Einmarsch erfahrene sowjetische Okkupation und deren Terror gegen die Bevölkerung Lettlands, die eine mentale Ausnahmesituation schuf. Vor diesem Kontext bleibt es Aufgabe zukünftiger historischer Forschungsarbeit, die jenseits davon in der lettischen Geschichte verwurzelten Paradigmen des lettischen Antisemitismus zu bestimmen. Es wäre wünschenswert, dass die Anstöße zu dieser Forschungsleistung von lettischen Historikern selbst in Reflexion auf ihre Landesgeschichtsschreibung geleistet werden würden.

Wir bedanken uns bei der Autorin für die Möglichkeit zur Zweitveröffentlichung des Textes. Quelle: <http://www.volksbund.de/partner/deutsches-riga-komitee/lettland-unter-deutscher-besatzung-1941-1944.html>, zuletzt überprüft am 19.6.2017

Über die Autorin

Dr. Katrin Reichelt studierte Russistik, Polonistik, Neuere und Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie war mehrere Jahre am kanadischen Justizministerium/Abt. Kriegsverbrechen in Ottawa sowie am United States Holocaust Memorial Museum in Washington D.C. tätig. Im April 2011 erschien ihre Dissertation Lettland unter deutscher Besatzung 1941–1944. Der lettische Anteil am Holocaust.

Kotwica: Der polnische Untergrundstaat im Zweiten Weltkrieg

Von Arthur Osinski

Die II. Polnische Republik war der einzige von Nazideutschland besiegte Staat, der niemals eine Kapitulation unterzeichnete und jegliche Kollaboration mit dem Besatzer ausschloss. Stattdessen floh die polnische Regierung nach der Niederlage zuerst nach Frankreich und später nach England, von wo der Kampf gegen die deutsche und zu Anfang die sowjetische Besatzung fortgesetzt werden sollte. Nach dem „Sikorski-Maiski-Abkommen“ galt die Fokussierung der deutschen Besatzung. Zu den primären Aufgaben der Exilregierung gehörten die Schaffung einer Exilarmee und der Aufbau eines Untergrundstaates im besetzten Polen. Bis heute steht die „Kotwica“ als Symbolzeichen für das im Untergrund kämpfende Polen.

Staat im Staate, die Schaffung ziviler Untergrundstrukturen im besetzten Polen

In der menschenverachtenden Naziideologie sollten die Polen, zu „Heloten“ herabgestuft und ihr Staat einverleibt werden. Um dieses Ziel zu vollziehen begannen die deutschen Besatzer gleich nach der Niederlage Polens mit der „Intelligenzaktion“ und der „AB-Aktion“ die Führungs- und Intelligentschicht zu ermorden und in die KZ-Lager zu deportieren. Der polnischen Bevölkerung sollte mittlere und höhere Bildung verwehrt werden. Alle Hochschulen wurden

geschlossen, der Besatzungsterror richtete sich auch gegen polnische Kultureinrichtungen und gegen die Selbstverwaltung allgemein – der polnische Staat sollte aufhören zu existieren. Hinzu kam der alltägliche mörderische Terror gegen die polnischen Bürger jüdischer Abstammung. Die Polen machten sich keine großen Illusionen, dass, nach ihren jüdischen Nachbarn, sie die nächsten waren, die zumindest zum Großteil vernichtet werden sollten, um für die „Herrenrasse“ Lebensraum im Osten zu schaffen.

Als Reaktion darauf entstanden sehr schnell Widerstandszellen, die sich dem deutschen Besatzungsterror entgegenstellten. Bis Ende 1942 erwuchs der polnische Untergrundstaat zu einer Bewegung mit mehr als 200.000 Mitgliedern, die zum Ende des Krieges auf ca. 350.000 heranwuchs. Die Heimatarmee war dabei die größte Widerstandsbewegung. Parallel zu den Nazibesatzungsstrukturen erschufen die Polen einen geheimen Staat im Staate, mit einem Parlament, eigener Verwaltung, Gerichtsbarkeit, Untergrundarmee, eigenen Hochschulen, Theatern und anderen Staatsstrukturen, die von den Nazis zerstört worden waren. Jedes Mitglied besaß ein Pseudonym, um die Aufdeckung anderer in seiner geheimen Widerstandszelle zu erschweren. Um zu verdeutlichen, wie viel Humanität sich die Polen unter der Terrorbesatzung der Deutschen trotzdem bewahrt haben, könnte man als Beispiel anführen, dass die Liquidierung von besonders brutalen Besatzern und Kollaborateuren jeweils mit einem Gerichtsverfahren

im Untergrund gegen diese einherging. Die Beschuldigten bekamen in der Abwesenheit sogar einen Verteidiger und erst wenn der Täter zum Tode verurteilt wurde, durfte die Todesstrafe von einem Spezialkommando vollzogen werden.

Auch der verzweifelte Kampf gegen die Ermordung der polnischen Jüdinnen und Juden wurde vom Untergrundstaat organisiert. Besonders hervorzuheben hat sich hierbei die „Żegota“, eine Warschauer Untergrundzelle um Irena Sendler, die allein ca. 2.500 jüdische Kinder vor dem Holocaust bewahrte. Allerdings waren die Möglichkeiten des polnischen Untergrundstaates hierbei sehr limitiert. Die Rettung eines jeden Juden band große Ressourcen und Risiken, da bei solch einer Rettungsaktion immer mehr als zehn Untergrundkämpfer involviert waren. Zusätzlich riskierten bei jeder Rettungsaktion polnische Zivilist_innen mit dem anschließenden Verstecken der Jüdinnen und Juden jedes Mal genauso ihr Leben. Ein größeres Engagement wäre für den polnischen Widerstand existenzbedrohend gewesen, da für die Rettung von noch mehr Jüdinnen und Juden einfach die Kapazitäten fehlten. Trotzdem konnten die Untergrundkämpfer_innen und polnische Zivilist_innen zigtausende Jüdinnen und Juden retten, wobei viele von ihnen ihr Leben verloren. Polen war das einzige Land im besetzten Europa, in dem die Nazis die Todesstrafe für die Unterstützung der jüdischen Mitbürger_innen verhängt hatten. Dennoch retteten die Pol_innen die meisten Juden vor dem Tod, wovon die Anzahl der gepflanzten Bäume in

Yad Vashem bis heute zeugt.

Wie die Polen mit der Shoa alleine gelassen wurden, zeugt die Passivität der Alliierten, welche die Polen mehrmals erfolglos zu überzeugen versuchten, die Vernichtungsanlagen der Nazis im besetzten Polen zu zerstören. Dies hätte sicherlich hunderttausenden Menschen das Leben retten können. Auch der riskante Versuch von Jan Karski, einem Emissär des polnischen Untergrunds, Churchill und Roosevelt persönlich mit Fotos und Dokumenten zu überzeugen etwas gegen den Holocaust zu unternehmen, wurde ignoriert. Sogar der Selbstmord des Vertreters der polnischen Jüdinnen und Juden in London nach der Niederlage des Aufstandes im Warschauer Ghetto, änderte nichts an der Haltung der Alliierten gegenüber dem Völkermord an den Jüdinnen und Juden.

Militärischer Arm des polnischen Untergrundstaates

Der militärische Arm des polnischen Untergrundstaates und der polnische Geheimdienst hatten einen nicht zu unterschätzenden Anteil am Sieg der Alliierten. Ohne die Informationen des polnischen Nachrichtendienstes wäre sein englisches Pendant nicht in der Lage gewesen, so schnell den Enigma Geheimcode zu entziffern. Darüber hinaus operierte der polnische Nachrichtendienst in fast allen besetzten und neutralen Ländern mit ca. 30 großen Spionagenetzen. Ganze 44% aller Informationen des britischen Geheimdienstes „ZOE“ und „SIS“ stammten von dem polnischen Spionagenetz. Ein gutes Beispiel für die Arbeit des

polnischen Geheimdienstes waren die Aktivitäten auf dem Gebiet des Vichy Regimes, dessen Effizienz sogar den Geheimdienst der „Forces françaises libres“ (Freie Französische Streitkräfte) in Frankreich überragte. Den polnischen Spionagezellen in Frankreich gehörten mehrere hundert angeworbene Französ_innen und Pol_innen an. Diese informierten den englischen Verbündeten über die bevorstehende Landung der Deutschen in Afrika und instruierten sie über die Bewegungen der deutschen U-Boote und Kriegsschiffe an der französischen Küste. Ein noch größeres Spionagenetz operierte in der Sowjetunion, das den Alliierten wichtige Informationen über die Sowjets lieferte. Die polnischen Untergrundkämpfer nahmen im Ausland auch an spektakulären Sabotageaktionen teil. Als gutes Beispiel kann man hierfür Jerzy Iwanow-Szajnowicz anführen, dessen Einheit mehrere Hundert deutscher und italienischer Flugzeuge in Griechenland sabotierte und mehrere Schiffe und U-Boote sprengte, er zählt bis heute zu den besten Saboteuren und Spionen des Zweiten Weltkrieges. Auch Krystyna Skarbek, galt als eine der besten weiblichen Spioninnen des britischen „SOE“.

Aus Rache für den alltäglichen Terror der deutschen Besatzer trugen polnische Widerstandszellen sogar den Terror in das Herz des Naziregimes. Die Sabotagegruppe der „Armia Krajowa“, „Zagra-Lin“ um Bernard Drzyzga, verübte einen Terroranschlag am Bahnhof in der Friedrichstraße, bei dem 14 Wehrmachtssoldaten starben und 60 weitere verletzt wurden. Panik machte sich in

Berlin breit, da schon zuvor an dem selben Ort in der S-Bahnstation am 24.02.1943 eine Bombe des „Zagra-Lin“ explodierte, die 36 Menschen tötete und weitere 78 verwundete. Dieselbe Gruppe verübte auch Attentate in Breslau und Riga und versuchte erfolglos Adolf Hitler bei Bromberg durch ein Attentat zu töten.

Die meisten Schäden führte der polnische Untergrund jedoch auf dem besetzten polnischen Gebiet durch. Mit tausenden Attentaten und zehntausenden Sabotageaktionen wurden dem Feind sehr große Verluste zugefügt und dessen Ostfront dadurch signifikant geschwächt. Infolgedessen wurden im Land sehr große Wehrmachtseinheiten gebunden. Die größte Operation war sicherlich 1944 die „Aktion Burza“ bei der in Warschau ein Aufstand gegen die deutschen Besatzer durchgeführt wurde und dieser ganze zwei Monate dauerte. Dessen Folgen waren fürchterlich, schon in den ersten Tagen des Aufstandes rächten sich die Deutschen furchtbar und massakrierten ganze Viertel Warschaus. Innerhalb weniger Tage ermordeten deutsche Einheiten bis zu 70 000 Zivilisten. Bis heute zählt der Warschauer Aufstand zu den entsetzlichsten Momenten der polnischen Geschichte.

Das ganze Engagement des polnischen Untergrundstaates half den Pol_innen nicht. Ihr Staat verschwand durch die abermalige Passivität ihrer westlichen Verbündeten für mehrere Jahrzehnte hinter dem Eisernen Vorhang. Die deutsche Besatzung war der sowjetischen gewichen. Obwohl die Sowjets offiziell als Alliierte der Polen galten,

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Zur Diskussion

wandten sie sich nach der „Befreiung“ gegen die offiziellen polnischen Vertreter_innen und installierten in dem Land eine sowjetfreundliche, sozialistische Regierung. Zigtausende polnische Widerstandskämpfer_innen wurden verhaftet, ermordet oder in die Sowjetunion verschleppt. Die Pol_innen sahen dem Ganzen jedoch nicht tatenlos zu, manche polnische Untergrundeinheiten nahmen den bewaffneten Kampf gegen die Sowjets auf. Für Polen bedeutete das Jahr 1945 nicht das Ende des Zweiten Weltkrieges: eine der letzten polnischen Einheiten der sogenannten „Verstoßenen Soldaten“ wurde erst 1963 aufgerieben.

Über den Autor

Arthur Osinski ist Kulturhistoriker und Gedenkstättenpädagoge.

Handbuch zum Widerstand gegen Nationalsozialismus und Faschismus in Europa 1933/39 bis 1945

Von Frederik Schetter

Die Erforschung des Nationalsozialismus, des Faschismus und des Zweiten Weltkriegs hat eine Reihe von Veröffentlichungen hervorgebracht, die sich speziell mit den vielfältigen Formen von Widerstand in einzelnen Ländern auseinandersetzen. Ein von Gerd R. Ueberschär unter Mitarbeit von Peter Steinkamp herausgegebenes Handbuch fasst die Vielzahl an Fallstudien in einer Publikation zusammen und bietet auf der Grundlage des aktuellen Forschungsstands eine umfassende Gesamtschau über Widerstand gegen Nationalsozialismus und Faschismus in Europa von 1933 bis 1945. Insgesamt 31 – jeweils etwa 10 Seiten lange – Beiträge widmen sich den Widerstandsmöglichkeiten und -formen in unterschiedlichen europäischen Ländern.

Die länderspezifischen Beiträge sind geografisch in fünf Rubriken gegliedert. Die Autor_innen stellen jeweils zentrale Entwicklungen und Akteure des Widerstands dar, gehen auf Aspekte der Kollaboration ein und skizzieren die Rezeption und wissenschaftliche Aufarbeitung des Widerstands nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Neben in den inhaltlichen Beiträgen genannten, länderspezifischen Literaturhinweisen

findet sich im Anhang des Handbuches eine mehrseitige Auswahlbibliografie. Hier ist eine Vielzahl von Überblickswerken zum

Thema Widerstand gegen Nationalsozialismus und Faschismus in Europa aufgeführt.

Fehlende politische Anerkennung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs

In der Rubrik „Widerstand in den Gebieten der ‚Achsenmächte‘“ geht Wolfgang Neugebauer in seinem Beitrag auf Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Österreich ein. Nach dem „Anschluss“ Österreichs, der erzwungenen „Flucht Tausender potentieller NS-Gegner“ (S.31) und der „weit über die NS-Sympathisanten hinausgehende[n] pronazistische[n] Jubelstimmung“ (Ebd.) sieht er vor allem die organisierte Arbeiterbewegung und das katholisch-konservativ-bürgerliche Lager als zentrale Gegner des NS-Regimes. Erst seit Mitte der 1960er Jahre sei diesen Gruppen jedoch politische Anerkennung und wissenschaftliche Aufmerksamkeit zugekommen. In der öffentlichen Debatte in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg habe in Österreich vielmehr eine negative Sicht auf die Widerständler_innen vorgeherrscht und vor allem die zahlenmäßig starke Gruppe der ehemaligen Weltkriegsteilnehmer und ehemaligen NS-Anhänger sei von den Regierungsparteien umworben worden.

Widerstand als nationales Narrativ

Dem „Mythos des nationalen und geschlossenen Abwehr- und Freiheitskampfes“ (S.79) in Dänemark widmet sich in der Rubrik „Widerstand im besetzten Nord- und Westeuropa“ Karl Christian Lammers. Er

hebt die Ambivalenz der politischen Situation in Dänemark zwischen Widerstand und Kollaboration hervor und definiert Widerstand als „aktiven und bewaffneten Kampf gegen die fremde Besatzungsmacht“ (S.74). Dieser sei in Dänemark nach einer Phase der politischen Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht erst ab 1942/43 zunehmend zu erkennen gewesen und habe sich überwiegend in Sabotageaktionen ausgedrückt. Vor allem die letzten zwei Jahre vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs sieht Lamers als Grundlage des in Dänemark lange Zeit vorherrschenden nationalen Mythos, welcher einen „Brückenschlag zwischen der Widerstandsbewegung und den Politikern, die die Politik der Zusammenarbeit getragen hatten, ermöglichte“ (S.79). Gab es seit den 1970er Jahren Ansätze, dieses Narrativ in Frage zu stellen, so habe erst die jüngere Forschung die „politische und ideologisierte Konsensvorstellung überwunden“ (S.82).

In der Rubrik „Widerstand im besetzten Ost- und Mitteleuropa“ beleuchtet der Beitrag von Karsten Brüggemann die deutsche Besatzung in Estland. Er betont, dass die Mehrheit der estnischen Bevölkerung den Einmarsch der Wehrmacht aufgrund der vorherigen sowjetischen Besatzung als Befreiung ansah und der Umgang der deutschen Besatzer mit den Esten „im osteuropäischen Kontext vergleichsweise rücksichtsvoll“ (S.226) war – was aber nicht für die estnischen Jüdinnen und Juden galt. Diese spezielle politische Ausgangslage führte Brüggemann zufolge dazu, dass es in Estland zwar eine „weit verbreitete

individuelle Verweigerungshaltung“ (S.228) gab, welche sich beispielsweise in desertierenden estnischen Soldaten äußerte, jedoch keine aktive Widerstandsbewegung gegen die deutsche Besatzung. Sieht Brüggemann in der jüngsten Erforschung der estnischen Geschichte Ansätze zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Zeit der deutschen Okkupation, so stehe sie bis heute im Schatten der sowjetischen Besatzung. In der estnischen Erinnerungspolitik werde zudem bis heute nur der Widerstand gegen die Sowjets als „echter“ Widerstand angesehen.

Widerstand in aktuellen erinnerungspolitischen Prozessen

Mit der bewaffneten Resistance in Griechenland beschäftigt sich im Kontext von „Widerstand auf dem Balkan und im besetzten Südosteuropa“ der Beitrag von Hagen Fleischer. Detailliert und pointiert beschreibt er nicht nur die unterschiedlichen Akteure des griechischen Widerstands, sondern geht auch besonders ausgiebig auf die Folgen von historischen Narrativen und Geschichtspolitik bis in die aktuelle griechische Gesellschaft ein. So sei seit der deutschen Einheit eine zunehmende Germanophobie auffallend, die durch die „Mauertaktik der Bundesregierung(en)“ (S.308) bzgl. der aufgrund der während der Besatzung verübten Verbrechen geforderten Reparationszahlungen verstärkt werde.

Den Abschluss der Rubrik „Widerstand aus der Emigration und Auseinandersetzungen im Exil“ bildet der Beitrag von Gerd R. Ueberschär. Er geht auf emigrierte und

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Fachbuch

vertriebene Deutsche oder Österreicher ein, welche im Verlauf des Zweiten Weltkriegs militärisch auf der Seite der Alliierten gegen die Achsenmächte kämpften oder Widerstandsgruppen beispielweise in Frankreich, Dänemark, der Sowjetunion oder in Belgien unterstützten. Die alliierten Militärführungen standen ihnen anfangs skeptisch gegenüber, da beispielsweise Briten und Amerikaner eine „Unterwanderung durch kommunistische Emigranten befürchteten“ (S.353). Ueberschär hebt hier vor allem den Nutzen der deutschen und österreichischen Soldaten als Vermittler und Übersetzer zum Ende des Zweiten Weltkriegs hervor.

De Gruyter, Berlin 2011, 383 Seiten, 109,95 Euro.

Zusammenfassung

Das Handbuch bietet einen beindruckend umfassenden Einblick in die Entwicklungen von Widerstand gegen Nationalsozialismus und Faschismus in Europa von 1933 bis 1939. Es eignet sich nicht nur hervorragend, um einen Überblick über die Thematik zu gewinnen, sondern bietet auch einen guten Ausgangspunkt für tiefergehende Analysen wie beispielsweise eine vergleichende Betrachtung der Widerstandsformen und -bedingungen. Dass die Autor_innen immer jeweils die Rezeptionsgeschichte aufgreifen und die wissenschaftlichen Auseinandersetzung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs skizzieren, fügt dem Band zudem einen deutlichen Mehrwert hinzu.

Gerd R. Ueberschär (Hg.): Handbuch zum Widerstand gegen Nationalsozialismus und Faschismus in Europa 1933/39 bis 1945,

„Informationen zur politischen Bildung“ 2/2016: Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Von Christian Schmitt

Auch wenn in Deutschland aktiver Widerstand gegen den NS-Staat die Ausnahme blieb, finden sich rückblickend zahlreiche Gruppen und Einzelpersonen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Milieus, die sich gegen Machtübernahme und Machtausübung der Nationalsozialisten sowie ihre Gewaltverbrechen zur Wehr setzten. Eine Ausgabe der „Informationen zur politischen Bildung“ verschafft einen Überblick über Formen und Akteure des Widerstands anhand einer stark biografisch ausgerichteten Darstellung. In zwei chronologisch voneinander abgegrenzten Hauptkapiteln betrachten die Autor_innen Julia Albert und Johannes Tuchel Motive und Handlungen vom NS-kritischen Graffiti an der Wand bis zur Vorbereitung eines Attentats.

Gläubige gegen ein ideologisiertes Christentum

Nach der Einführung widmet sich das erste Kapitel Widerstandshandlungen als Reaktion auf die nationalsozialistische Machtübernahme und Herrschaftspraxis. Während etwa die Mehrheit der Gewerkschaftsführer Kompromisse mit der neuen Regierung anstrebten, bildeten sich in der Illegalität lokale Gruppen und oppositionelle Gesinnungsgemeinschaften. Sechs Biografien stehen exemplarisch für sowohl den parlamentarischen als auch den illegalen Kampf von

Teilen der Arbeiterbewegung.

Im Anschluss daran vertiefen sich die Autor_innen in das breite Spektrum christlicher Organisationen. Insbesondere in der protestantischen Kirche versuchten bekanntermaßen viele Gläubige, NS-Ideologie und Christentum zu einem „artgemäßen Christentum“ (S.14) zu verbinden. Geistliche wie Martin Niemöller oder als wohl bekanntestes Beispiel Dietrich Bonhoeffer wählten einen anderen Weg und riskierten bzw. verloren im Kampf gegen die Nazis ihr Leben. In dem Kapitel räumen die Autor_innen weiterhin Widerstandsaktivist_innen im Exil Platz ein, etwa dem späteren Bürgermeister von Berlin Ernst Reuter oder den deutschen Mitgliedern der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg. Schließlich dürfen auch die ersten Umsturzpläne nicht fehlen, im Fokus stehen dabei Personen wie Bonhoeffers Schwager Hans von Dohnanyi oder Georg Elser. In einem abgedruckten Auszug aus einem Gestapo-Verhör gibt Letzterer Auskunft über die Motive, die ihn zum Attentat am 8. November 1939 veranlasst haben.

Musik als Form des Widerstands: Die „Swing-Jugendlichen“ in Deutschland

Im zweiten Kapitel beleuchten die Autor_innen Widerstandshandlungen als Reaktion auf den Krieg und nationalsozialistische Gewaltverbrechen. Neben Abschnitten zu mehr oder weniger großen Gruppen und Organisationen wie der Arbeiterbewegung, der Kirchen oder bekannter Gruppen wie der

Weißer Rose oder dem Kreisauer Kreis sind hier vor allem die Darstellungen der kleineren, alltäglichen Formen des Widerstands interessant. Für kritische Bemerkungen über die NS-Führung oder geäußerte Zweifel am „Endsieg“ wurden in den letzten Kriegsjahren vermehrt Todesstrafen verhängt. Junge Männer, die etwa aus Glaubensgründen den Kriegsdienst verweigerten, teilten dieses Schicksal. Einige Jugendliche konnten sich der Vereinnahmung durch Hitler-Jugend und Bund Deutscher Mädel entziehen, hörten ausländische Rundfunksender, verbreiteten Nachrichten oder versuchten mit Flugblättern über Kriegsverlauf und deutsche Verbrechen aufzuklären. Manche gründeten außerdem illegale Vereinigungen mit politischem oder religiösem Zweck. Widerstand leisteten auf ihre Art auch die „Swing-Jugendlichen“, die sich mit ihrer Begeisterung für Jazzmusik bewusst als „undeutsch“ im Sinne der NS-Ideologie stilisierten.

Auch der Kampf von Angehörigen diskriminierter und verfolgter Minderheiten findet Berücksichtigung. Von jüdischer Seite erfolgte dieser Widerstand beispielsweise passiv durch die Gründung von Solidargemeinschaften oder aktiv durch Aufstände in Vernichtungslagern, auch der Widerstand jüdischer Partisan_innen ist zu erwähnen. Auch im damals verstärkt aufkommenden Zionismus liegt eine bedeutende Form des Widerstands, wie die hier abgedruckten Biografien zeigen. Immer noch unterrepräsentiert in der Erinnerung an den Holocaust sind die bis zu 500.000 Sinti und Roma, die ihm zum Opfer fielen. In der

Zeitschrift werden die Geschichten dreier junger Sinti und Roma erzählt, etwa die von Anton Reinhardt, der 1944 vor seiner Zwangsterilisation in die Schweiz floh und dort von den Behörden zur Rückkehr nach Deutschland gezwungen wurde.

Zusammenfassung

Die vorliegende Ausgabe der „Informationen zur politischen Bildung“ gibt in gewohnter Qualität einen breiten und fundierten Überblick über die Akteure des deutschen Widerstands in der Zeit von 1933 bis 1945. Die Texte sind kurz und informativ gehalten und mit vielen Kurzbiografien versehen, sodass sie auch für Fachfremde geeignet sind und etwa im Schulunterricht Verwendung finden können. Stellenweise sind darüber hinaus aussagekräftige Quellen abgedruckt, die es den Lernenden ermöglichen, Motive der Handelnden zu verstehen.

„Informationen zur politischen Bildung“ 2/2016 ist kostenfrei im Onlineshop der Bundeszentrale für politische Bildung erhältlich.

Lernen aus der Geschichte

Widerstand von Jugendlichen

Reaktionen der Jugend

Die Mitgliedschaft in der HJ [Hitlerjugend; d. Verf.] war zwar Pflicht, jedoch muss davon ausgegangen werden, dass zahlreiche Angehörige der HJ dem NS-Staat zwar gleichgültig oder gar ablehnend gegenüberstanden, aber nicht den Mut hatten, sich der Zwangsmitgliedschaft zu entziehen, da sie die Konsequenzen fürchteten. Manche dürften sich der HJ nur entzogen haben, um der Bevormundung zu entgehen und um ihre Eigenständigkeit zu manifestieren. So trat z.B. die Swing-Jugend in Hamburg betont lässig, aber auch elegant, demonstrativ zivil und smart anstatt „volksdeutsch“ auf. Hier formierte sich eine kulturelle Gegenwelt, die die paramilitärische HJ und die Gestapo provozierte (s. u.). Deshalb sah sich u. a. Himmler zum Eingreifen veranlasst und befahl eine verstärkte Überwachung.

Wie viel mehr musste das System junge Menschen wie den 17jährigen Walter Klिंगenbeck (geb. 1924) aus München fürchten, der die NS-Propaganda als „politischen Kitsch“ entlarvte und auf den Sieg der Gegenseite wartete, allerdings nicht tatenlos. Mit vielen Aktionen – Anbringen des V-Zeichens an Hauswänden, Verteilen von Flugblättern und dem Bau eines Geheimsenders – stellte er sich bewusst gegen den Nationalsozialismus. Er wurde denunziert und im August 1943 hingerichtet.

Freilich blieb auch bei den Jugendlichen die Tat Sache einer Minderheit. Diese half mit, das zu verwirklichen, was die Weiße Rose

Empfehlung Unterrichtsmaterial

in ihrem letzten Flugblatt schrieb: „Der deutsche Name bleibt für immer geschändet, wenn die deutsche Jugend nicht endlich aufsteht, rächt und sühnt zugleich, ihre Peiniger zerschmettert und ein neues geistiges Europa aufrichtet.“

Auch wenn die Zahl der Jugendlichen, die sich dem NS-Staat entzogen oder gar entgegenstellten, nicht greifbar wird, so geht aus den vielen bekannt gewordenen Aktionen doch hervor, dass das Regime die Jugendopposition ernst nahm. Jugendliche, die sich den Regeln widersetzten, konnten in spezielle Konzentrationslager eingewiesen werden: Moringen bei Göttingen (seit 1940) für Jungen ab 13 Jahren und Jugendkonzentrationslager Uckermark (seit 1942) für Mädchen ab 14 Jahren. Dieses lag in der Nähe des KZ Ravensbrück.

Widerstand Jugendlicher

Der Widerstand bzw. die Opposition Jugendlicher gegen das Dritte Reich entwickelte sich spontan. Er war nicht geplant und geregelt wie bei den Jugendorganisationen der SPD oder KPD. In diesen Organisationen wurde der Widerstand aus einer politischen Motivation heraus geführt. Die Motive der allgemeinen Jugendopposition waren unterschiedlich. Ein Teil der Jugendlichen wünschte sich eine freiere Jugendkultur, ein anderer Teil knüpfte an die Traditionen der 1933 verbotenen bündischen Jugendgruppen an, wieder andere lehnten den Staat aus religiösen Gründen ab. Eine ganze Reihe Jugendliche gingen aus reiner Abenteuerlust in Opposition. Insgesamt wehrten sich die

Lernen aus der Geschichte

Jugendlichen gegen den immer stärker werdenden Druck des Staates. Der Widerstand der Jugendlichen, von denen viele anfangs der HJ noch positiv gegenüberstanden, verstärkte sich in dem Augenblick, als der HJ-Dienst immer mehr militärischen Charakter annahm. Die Jugendopposition äußerte sich ganz unterschiedlich. Zum Beispiel:

- ziviler Ungehorsam (Nichtteilnahme am HJ-Dienst)
- Aufrechterhaltung traditioneller Gemeinschaften
- Nonkonformität
- Ablehnung von NS-Normen (z.B. Herrenmenschentum)
- zum Teil aktiver Widerstand (Sabotage, Flugblattverteilung)

Aus den Jugendgruppen ging z. B. die Weiße Rose hervor. Die Jugendopposition wurde vom NS-Regime sehr ernst genommen. Die Gruppen wurden systematisch verfolgt und drakonisch bestraft.

Die Machthaber scheuten sich nicht, Minderjährige mit dem Tode zu bestrafen. Dabei bedienten sie sich auch der Rechtsbeugung. Dem siebzehnjährigen Helmuth Hübener (s. S. 21) bescheinigte man eine über sein Alter hinausgehende Intelligenz und verurteilte ihn als Erwachsenen, was das Todesurteil zur Folge hatte.

(nach <http://www.shoahproject.org/widerstand/kids/shkidsinx.htm>)

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Ein Siebzehnjähriger wird zum Tode verurteilt

Helmuth Hübener (geb. 1925) war, als er gefasst und im Oktober 1942 in Berlin-Plötzensee enthauptet wurde, ein siebzehnjähriger Lehrling in Hamburg. Er war Mitglied der mormonischen Glaubensgemeinschaft „Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage“.

Die Informationen, die er aus dem Abhören von Auslandssendern, vor allem der BBC, gewann, verarbeitete er zu ungefähr 60 Flugblättern mit einer Auflage zwischen drei und fünf Stück. Die Flugblätter enthielten Spottverse auf Joseph Goebbels, kritisierten die antireligiöse Haltung der NS-Propaganda und rückten die Wehrmachtsberichte zurecht.

Anfang Februar 1942 wurde er von einem Vorgesetzten denunziert und am 11. August 1942 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Seine drei Mitangeklagten erhielten Gefängnisstrafen zwischen vier und zehn Jahren.

In der Urteilschrift des Volksgerichtshofes werden seine Aktionen sowie seine Persönlichkeit deutlich:

„Im März 1941 brachte der Bruder des Angeklagten Hübener aus Frankreich ein Rundfunkgerät mit und stellte es bei den Großeltern auf, wo H. sich, da seine Eltern berufstätig waren, aufhielt. Der Angeklagte ließ das Gerät reparieren und als er es einspielte, stieß er auf den sogenannten Deutschen Nachrichtendienst aus London. Er hörte die Sendung ab, fand an ihr Gefallen

Lernen aus der

■ Geschichte ■

und unterlag ihrer Wirkung derart, dass er sie von nun an vier- bis fünfmal in der Woche um 10 Uhr abends, wenn die Großeltern schliefen, anhörte.“

Flugblätter

Seit Sommer 1941 verarbeitete H. den Inhalt der abgehörten englischen Sendungen zu Flugzetteln und Flugblättern. „[...] sie enthalten niederträchtige Beschimpfungen und Verleumdungen des Führers, Aufforderungen zu seinem Sturze sowie hetzerische Ausführungen zur Kriegslage. Zwei Flugzettel tragen die Überschriften ‚Hitlers Schuld‘ und ‚Hitler trägt die alleinige Schuld‘. Sie enthalten die Behauptung, dass durch den uneingeschränkten Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung hunderttausend Wehrlose getötet worden seien, dass dieser Luftkrieg aber nicht von der englischen Luftwaffe, sondern vom Führer begonnen worden sei und seitens Englands nur die Vergeltung für Warschau und Rotterdam darstelle.

In einem 5. Flugzettel ‚Wer lügt?‘ werden die Berichte des Oberkommandos der Wehrmacht als Lüge hingestellt. In einem weiteren Flugzettel wird behauptet, dass bisher ein- einhalb Millionen Deutsche in Russland gefallen seien. Außerdem wird zum Abhören des Londoner Rundfunks aufgefordert und dessen Sendezeiten angegeben. Zwei weitere Flugzettel sprechen von schweren Verlusten einzelner deutscher Truppenteile in Russland und schieben dem Führer die Verantwortung für das Schicksal der Witwen und Waisen zu [...]. H. stellte insgesamt etwa 60 Flugzettel her.

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Zur Anfertigung der Reinschriften und Durchschläge benutzte H. in der Regel eine Schreibmaschine. Das letzte Flugblatt ‚Wer hetzt wen?‘ war bei der Festnahme des H. noch in der Schreibmaschine eingespannt [...]. Die Mehrzahl der Hetzschriften versah er mit der Aufschrift: ‚Dies ist ein Kettenbrief – und darum weitergeben!‘ [...].“

Urteilsbegründung

Bei dem Inhalt der von Hübener verfassten Flugschriften würde niemand vermuten, dass sie von einem erst 16- und 17jährigen Jungen verfasst worden sind. Auch die Überprüfung seines allgemeinen Wissens, seiner politischen Kenntnisse und seiner Urteilsfähigkeit und sein Auftreten vor Gericht ergab durchweg das Bild eines geistig reifen jungen Mannes [...]. Damit war der Angeklagte wie ein Erwachsener zu bestrafen [...]. „Dass bei ihm ein besonders schwerer Fall vorliegt, ist insbesondere darin begründet, dass H. die Flugblätter in einem Arbeiterviertel der Stadt verbreitet hat, in dem infolge der schweren Luftangriffe die Gefahr einer zersetzenden Wirkung besonders groß ist, zumal auch heute noch nicht davon gesprochen werden kann, dass der Marxismus dort völlig ausgerottet ist.“ (nach: KLÖNNE, Arno: Gegen den Strom, Norddeutsche Verlagswesanstalt O. Goedel, Hannover und Frankfurt/Main, Saarbücken, 1957

Dieser Text wurde erstveröffentlicht in der pädagogischen Handreichung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge von Erich und Hildegard Bulitta: „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“.

Anpassung und Widerstand: Die Familie Chotzen

Von Christian Schmitt

Bereits 1997 ergriff man bei der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz die Initiative für die multimediale Aufbereitung der Geschichte der jüdischen Familie Chotzen aus Berlin. Damals entstand unter Federführung des Deutschen Historischen Museums sowie der Bundeszentrale für politische Bildung die Website www.chotzen.de, die 2011 einer Neugestaltung unterzogen wurde. Beinhaltete die erste Version der Website noch eine Vielzahl von Arbeitsblättern und Präsentationsvorlagen, steht seit dem Relaunch das Inhaltliche im Vordergrund. Das macht die Seite nicht weniger empfehlenswert, setzt für den Gebrauch im Schulunterricht jedoch eine verstärkte Anleitung durch die Lehrperson voraus.

Lehramtsstudierende der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz haben hierzu eine Alternative erarbeitet und eine Unterrichtseinheit entwickelt, in der die Lernenden mit Hilfe eines Video-Tutorials geführt und instruiert werden. Eines dieser Tutorials arbeitet mit der Geschichte der Chotzens und ist auf www.lehrer-online.de verfügbar. Ziel ist es, Schüler_innen der Sekundarstufe II den individuellen Umgang mit den Repressalien des Naziregimes am Beispiel der Berliner Familie begreifbar zu machen und durch das Einbeziehen der Website die Medienkompetenz der Schüler_innen zu fördern.

Ein Brandanschlag und illegale Sportturniere

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Das Tutorial stellt zunächst die Familie Chotzen vor und führt in den Aufbau der Website ein („Geschichten“, „Zeitreisen“, „Mediathek“, „Bibliothek“). Die erste Anweisung lässt die Schüler_innen in der Mediathek ein Video zum Thema Antisemitismus betrachten, um sich über die Lebensumstände von Jüdinnen und Juden in den 1930er Jahren zu informieren. Anschließend informieren sie sich unter dem entsprechenden Menüpunkt über Handlungen von Anpassung und Widerstand der Chotzens. Hier wird erzählt, wie sich manche Familienmitglieder den Diskriminierungen widersetzen, etwa durch die Organisation illegaler Sportturniere oder sogar durch einen Brandanschlag auf eine propagandistische Ausstellung. Andere dagegen wählten den Weg der Anpassung, arbeiteten während des Krieges etwa bei der Bombenschädenbeseitigung, um willkürlichen Verhaftungen zu entgehen.

Das Tutorial teilt die Schüler_innen in Anlehnung daran in zwei Gruppen auf („Anpassung“ und „Widerstand“). Beide Gruppen sollen die Website nach passenden Beispielen für das ihnen zugeteilte Handlungsmuster durchsuchen und die Ergebnisse zusammentragen. Danach ist vorgesehen, dass die Schüler_innen sich anhand der Beispiele allgemeine Faktoren überlegen, die in gesellschaftlichen Krisensituationen zu Handlungen von Anpassung und Widerstand führen. Dabei werden sie konkret auf den „Arabischen Frühling“ hingewiesen, um ihren Überlegungen einen aktuellen Bezugspunkt zu geben. Nach Vorstellung der Ergebnisse der beiden Gruppen sollen diese in

Lernen aus der ■ Geschichte ■

der gesamten Klasse erörtert werden. Eine Hausaufgabe sieht eine persönliche Stellungnahme der Schüler_innen zum Thema Anpassung und Widerstand vor.

Zusammenfassung

Der von den Mainzer Studierenden entwickelte Ansatz ist interessant. Video-Tutorials können die Aufmerksamkeit der Schüler_innen sicherlich in besonderem Maße wecken und vor allem aufrechterhalten, da sie es gewohnt sind, im Alltag viel mit ihren digitalen Endgeräten zu kommunizieren. Mehr als ein erster Versuch ist aus dem Projekt dennoch nicht hervorgegangen, da das Tutorial nicht im Ansatz die komplexen inhaltlichen Möglichkeiten der Website ausnutzt und darüber hinaus auch terminologische Ungenauigkeiten enthält, etwa die kontextlose Verwendung des Begriffs „Drittes Reich“.

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Was konnten sie tun? Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1933-1945

Von Frederik Schetter

Die historische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zeigt, dass es auch unter den politischen Bedingungen der NS-Diktatur Handlungsspielräume für Widerstand gab. Unterstützten die meisten Deutschen das NS-Regime, passten sich an oder blieben passiv, so setzte sich eine Minderheit aktiv und in ganz unterschiedlichen Formen zur Wehr. Einen Überblick darüber, wie vielfältig die Formen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus waren, bietet eine von der Stiftung 20. Juli 1944 in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand erarbeitete Wanderausstellung. Auf der zugehörigen Website finden sich nicht nur alle Ausstellungsinhalte, sondern darüber hinaus auch weitere Informationen sowie eine Reihe an Literaturempfehlungen und historischen Dokumenten, die einzelne Aspekte vertiefen.

Kompakte Biografien als Kern der Website

Die Struktur der Website ist auf den ersten Blick verständlich: Innerhalb einer zentralen Menüleiste lassen sich insgesamt 24 Formen des Widerstands von „Zettel kleben“ bis „Die NS-Führung ausschalten“ näher betrachten. Im Mittelpunkt stehen dabei das NS-Regime bekämpfende Personen, deren Lebensgeschichten in kompakten Biografien vorgestellt werden. Diese beinhalten die zentralen Lebensdaten, gehen auf kulturelle

(Vor-)Prägungen ein und stellen dar, warum und auf welche Art und Weise die jeweilige Person Widerstand leistete.

Neben in der deutschen Erinnerungskultur fest verankerten Widerstandskämpfer_innen wie Bonhoeffer, den Geschwistern Scholl oder Stauffenberg umfasst die Website auch in der öffentlichen Debatte oftmals unbeachtete Biografien wie beispielsweise die des Ehepaars Wilhelm und Margarete Daene, die unter dem Reiter „Verfolgten helfen“ zu finden sind. Sie waren in sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Widerstandsgruppierungen aktiv und nahmen drei jüdische Zwangsarbeiterinnen bei sich auf bzw. brachten sie in Ausweichquartieren unter, um sie vor der Deportation zu schützen. Wilhelm Daene wurde von der Gestapo festgenommen und vor dem Volksgerichtshof angeklagt, letztlich aber freigesprochen. Die Biografien des Ehepaars zeigen sowohl Handlungsspielräume als auch Risiken des Widerstands gegen das NS-Regime auf. Literaturempfehlungen und Dokumente wie ein Schreiben von 1958, in welchem die zwei letztlich überlebenden Jüdinnen gegenüber dem Berliner Innensenator die Hilfe von Wilhelm und Margarete Daene bezeugen, ermöglichen Interessierten, sich tiefergehend mit dem Fall auseinanderzusetzen.

Zusammenfassung

Die Website zur Wanderausstellung gibt einen übersichtlichen und kompakten Überblick darüber, welche Möglichkeiten des Widerstandes gegen das NS-Regime es gab. Die Biografien eignen sich gut, um einen

ersten Einblick in die Beweggründe von Widerstandskämpfer_innen zu bekommen. Die Literaturempfehlungen und historischen Dokumente ermöglichen es, inhaltliche Aspekte, die in den Biografien lediglich angeschnitten werden, zu vertiefen. Die Website stellt daher eine gute Anlaufstelle für all jene dar, die sich einen schnellen Überblick über unterschiedliche Widerstandsformen verschaffen wollen oder auf der Suche nach Beispielbiografien und zugehörigem Material sind.

Die Website zur Wanderausstellung ist [hier](#) abrufbar. Informationen zur Wanderausstellung selbst und ihren Ausleihbedingungen finden Sie [hier](#).

Die Sozialistische Front

Von Christian Schmitt

Während ihre Partei bis zum Ende der Weimarer Republik hoffte, den Nationalsozialismus auf parlamentarischem Weg besiegen zu können, war diese Form des Widerstands vielen Sozialdemokrat_innen nicht genug. 1931 schlossen sich Arbeiter_innen etwa in der Eisernen Front zusammen, um die Demokratie auf der Straße, auch unter dem Einsatz von Gewalt, zu verteidigen. Die meisten dieser Vereinigungen mussten jedoch spätestens mit der Zerschlagung der Gewerkschaften im Mai 1933 ihre Tätigkeit einstellen. Im Großraum Hannover

operierte dagegen mit der Sozialistischen Front eine Organisation, die von 1934 bis 1936 bewaffneten Widerstand gegen das NS-Regime leistete. Eine [Website](#), die von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Zusammenarbeit mit der [Lindener Geschichtswerkstatt](#) erarbeitet wurde, beleuchtet die Geschichte dieser Organisation und ihrer Mitglieder.

Spektakuläre Dokumente aus dem Untergrund

Die Menüpunkte bieten den User_innen einen biografischen und einen thematischen Zugang. Unter dem Reiter „Biografien“ sind die Geschichten von 37 Mitgliedern der Sozialistischen Front gelistet. Die Artikel beinhalten jeweils die Kindheit sowie den beruflichen und politischen Werdegang der Aktivist_innen und widmen sich schwerpunktmäßig ihrer Tätigkeit Mitte der 1930er Jahre. Diese war freilich auch mit der Erfahrung von Verfolgung, Haft und Folter verknüpft und kostete den Angehörigen der Gruppe mitunter das Leben. Thematisch werden die User_innen über Entstehung, Wirken und Aufbau der Sozialistischen Front informiert. Detailliert gehen die Autor_innen etwa auf die Vorbereitung der Illegalität ab 1932 oder auf die aufwendige Beschaffung eines Waffenarsenals ein. Wie eingangs erwähnt beschränkte sich der Widerstand der SPD auf die parlamentarische Arbeit ihrer Abgeordneten; den daraus resultierenden Auseinandersetzungen zwischen Parteiführung und den Mitgliedern wird auf der Website ebenfalls Platz eingeräumt.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Web

Beindruckend ist die gut zusammengestellte Dokumentensammlung, die aus der Website ein kleines virtuelles Archiv macht. Neben zeitgenössischen Fotoaufnahmen finden sich hier Flugblätter, Notizzettel, Ausgaben der organisationseigenen Zeitschrift „Sozialistische Blätter“ oder seltene Exponate wie der gefälschte Personalausweis eines Frontmitglieds. Auch sind die Memoiren des Leiters der Sozialistischen Front, Werner Blumenberg, zum Download verfügbar. Schließlich gibt ein umfassendes Quellen- und Literaturverzeichnis Interessierten die Möglichkeit, sich in das Thema weiter zu vertiefen.

Zusammenfassung

Insgesamt ist den Machern eine kleine, aber feine Darstellung eines Stücks Regionalgeschichte gelungen, die wissenschaftlich fundiert die Handlungsmöglichkeiten „gewöhnlicher“ Bürgerinnen und Bürger aufzeigt. Die Website eignet sich mit diesem multiperspektivischen Ansatz durchaus auch für die schulische und außerschulische Bildung und gibt den Lernenden die Möglichkeit, sich selbstständig mit dem zur Verfügung gestellten Archivmaterial auseinanderzusetzen.

www.sozialistische-front.de

Audiovideoguide Rote Kapelle

Von Frederik Schetter

Die Gegner_innen des Nationalsozialismus verband keine einheitliche Weltanschauung, vielmehr leisteten Menschen von unterschiedlicher sozialer Herkunft aus verschiedenen Beweggründen Widerstand gegen das NS-Regime. Die Mitglieder eines Berliner Widerstandsnetzwerks, von der Gestapo dem Fahndungsnahmen „Rote Kapelle“ zugeordnet, bildeten dabei keine Ausnahme. Hier fanden sich von Wehrmachtbediensteten bis zu Jungkommunist_innen insgesamt mehr als 150 Regimegegner_innen zusammen. Die Geschichte(n) einiger Widerstandskämpfer_innen erzählt ein erst vor knapp einem Monat veröffentlichter Audiovideoguide. Dieser begibt sich auf die Spuren der Roten Kapelle im Zentrum von Berlin. Entwickelt wurde er von dem Künstler Stefan Roloff in Kooperation mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, gefördert durch den Hauptstadtkulturfonds.

Technisch unkomplizierte Umsetzung

Der Audiovideoguide kann kostenfrei sowohl in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand ausgeliehen als auch auf Android-Geräten als App heruntergeladen werden. Er steht in den Sprachen Deutsch, Englisch, Spanisch sowie in einer Variante für Gehörlose zur Verfügung und ist technisch sowohl hochwertig als auch unkompliziert umgesetzt. In insgesamt 15 zumeist etwa ein- bis sechsminütigen Videos führt der Audiovideoguide die Nutzer_innen vom

Tiergarten über die Wilhelmsstraße bis zur Topographie des Terrors. Dauer der gesamten Tour sind etwa 80 bis 90 Minuten. Ständige Begleiter sind die beiden Tourguides Felix von Harnack und Kolja Unger. Sie führen die Nutzer_innen in den Videos von Ort zu Ort, geben Hintergrundinformationen und ordnen historische Personen sowie Prozesse ein.

Grenzen zwischen Vergangenheit und Gegenwart verschwimmen

Im Zentrum des Audiovideoguides stehen die Geschichten der Widerstandskämpfer_innen um die Ehepaare Libertas und Harro Schulze-Boysen sowie Mildred und Arvid Harnack, von denen viele nach der Aufdeckung der Roten Kapelle durch die Gestapo ab August 1942 hingerichtet wurden. Die Lebensgeschichten der Widerstandskämpfer_innen werden nicht nur erzählt, sondern vielmehr durch das Vorlesen von Briefen und Berichten sowie durch immer wiederkehrende schwarz-weiße Videosequenzen, in denen historische Geschehnisse durch Schauspieler_innen nachgestellt werden, in hohem Maße erfahrbar gemacht. So steht man beispielsweise an einem Punkt im Tiergarten vor einer Parkbank, während im gleichen Moment in einer Videosequenz Harro und Libertas Schulze-Boysen auf ebendieser Bank sitzen – mit dem Unterschied, dass die Bank in der Videosequenz die Aufschrift „Nur für Arier“ zeigt. Die technisch hochwertige Umsetzung und das Einfügen von lebensechten Umgebungsgeräuschen lassen so die Grenzen zwischen Vergangenheit und Gegenwart im Laufe der Tour immer wieder

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung App

verschwimmen.

Dass der Audiovideoguide nicht nur eine geografische Spurensuche ist, sondern darüber hinaus auch eine Aufarbeitung mit der persönlichen Vergangenheit ist, zeigt sich beim Blick auf die an der Entwicklung beteiligten Personen. Nicht nur Stefan Roloff, Felix von Harnack und Kolja Unger sind Nachfahren von Widerstandskämpfer_innen der Roten Kapelle, auch für die eingesprochenen Stimmen weiterer Mitglieder sind Nachkommen der jeweiligen Personen verantwortlich. Neben der detaillierten inhaltlichen Vorstellung der Roten Kapelle zeichnet sich der Audiovideoguide daher auch durch eine Reflexion darüber aus, wie man heute mit der eigenen Vergangenheit umgehen kann.

Zusammenfassung

Mit dem Audiovideoguide zur Roten Kapelle ist den Beteiligten ein spannendes und technisch gut umgesetztes Produkt zur Geschichtsvermittlung gelungen. Wer sich über die Lebensgeschichten von Widerstandskämpfer_innen nicht nur informieren will, sondern die historischen Geschehnisse möglichst hautnah erleben will und dies gerne mit einem längeren Spaziergang durch das Zentrum Berlins verbindet, kommt hier auf seine Kosten.

Unser nächstes Magazin erscheint am 11.09.2017 und trägt den Titel „Geschichtsunterricht im 21. Jahrhundert. Eine geschichtsdidaktische Standortbestimmung“

I M P R E S S U M

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.

Dieffenbachstr. 76

10967 Berlin

<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

Projektkoordination: Ingolf Seidel

Webredaktion: Frederik Schetter, Ingolf Seidel und Christian Schmitt

Die vorliegende Ausgabe unseres Magazins wird durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. gefördert.

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.